

Zentrum für Europäische Integrationsforschung Center for  
European Integration Studies

Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn



Martin Bangemann

**Europäische Intgration  
aus historischer  
Erfahrung**

Ein Zeitzeugengespräch mit  
Michael Gehler

**Discussion  
Paper**

**C285**

**2024**

Martin Bangemann (geb. 15. November 1934 in Wanzleben bei Magdeburg; gest. 28. Juni 2022 Saint-Vincent-la-Châtre/Department Deux-Sèvres/Frankreich), Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Tübingen und München, Promotion, Rechtsanwalt, Engagement im Liberalen Studentenbund und bei den Jungdemokraten, 1963 Eintritt in die FDP, von 1969 bis 1974 stellvertretender Vorsitzender und bis 1978 Landesvorsitzender der FDP/DVP in Baden-Württemberg, von 1972 bis 1980 und von 1986 bis 1989 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1974 bis 1978 Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg, von 1974 bis 1975 Generalsekretär der FDP, von 1974 bis 1975 und von 1978 bis 1984 Mitglied des FDP-Präsidiums, von 1973 (zunächst entsandtes) und von 1979 als FDP-Spitzenkandidat für die EP-Wahlen bis 1984 (gewähltes) Mitglied des Europäischen Parlaments sowie Vorsitzender der Liberalen und Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments, von 1984 bis 1988 Bundesminister für Wirtschaft, von 1985 bis 1988 FDP-Bundesvorsitzender, seit 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 1989 Vizepräsident der EG-Kommission und Kommissar für Binnenmarkt, von 1993 bis 1999 EU-Kommissar für Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation, seit 1999-2001 Mitglied und Vorstandsmitglied im spanischen Telekommunikationskonzern Telefonica, seit 1. Juli 2001 Mitglied des Aufsichtsrats der Hunzinger Information AG und von 2001 bis 2007 in der Ein-Mann-Consulting-Firma MB Consultants.

Dr. Michael Gehler, geboren 15. Januar 1962 in Innsbruck, außerordentlicher Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Institut für Zeitgeschichte, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (1999-2006); Ordentlicher Professor, Stiftung Universität Hildesheim, Institut für Geschichte, Jean-Monnet-Chair für Neuere und Neueste Deutsche und Europäische Geschichte (seit 2006); Direktor des Instituts für Neuere und Neueste Geschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Wien (2013-17); seit 2021 auch Professor an der Andrassy Universität Budapest, zahlreiche Bücher zur Geschichte der Imperien, österreichischen, deutschen und europäischen Neueren und Neuesten Geschichte, zu den internationalen Beziehungen mit Bezug zum Kalten Krieg, zur deutschen Einheit, europäischen Integration sowie transnationalen Parteienkooperation von Christdemokraten und Konservativen in Europa und Südtirolfrage..

*Martin Bangemann*

## **Europäische Integration aus historischer Erfahrung<sup>1</sup>**

Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

***Gehler:***

Sehr geehrter Herr Bangemann, können Sie etwas zu Ihrem Elternhaus, Ihrer Herkunft und Ihren weiteren Werdegang berichten?

***Bangemann:***

Am 15. November 1934 wurde ich als drittes Kind des Schlossermeisters Martin Bangemann und seiner Ehefrau Lotte, geb. Telge, in Wanzleben, Bezirk Magdeburg geboren. In Wanzleben besuchte ich bis zur 4. Klasse die Volksschule und vom Herbst 1945 an die Mittelschule. Im Dezember 1945 verzogen meine Eltern nach Moordorf, Ostfriesland. Nachdem ich eine Aufnahmeprüfung bestanden hatte, besuchte ich zunächst die Oberschule in Aurich und nach einem erneuten Umzug nach Emden die dortige Oberschule für Jungen mit Gymnasium. An dieser Schule legte ich 1955 die Reifeprüfung ab. Im Sommersemester 1955 begann ich das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen, das ich seit dem Wintersemester 1956/57 an der Universität München fortsetzte. Die erste juristische Staatsprüfung 1959/II bestand ich in München im Januar 1960. Seit

1 Dieses Gespräch erfolgt im Rahmen der Zeitzeugengespräche „Europäische Integration aus historischer Erfahrung“, die alle ehemaligen Kommissare aus Deutschland in Interviews zu erfassen versucht. Bei bereits verstorbenen Kommissaren wurden ausgehend von deren zeitgenössischen Interviews, Publikationen, Schriften und Werken die Gespräche nachträglich rekonstruiert. In den Fußnoten zu den Antworten ist immer das Jahr der Aussage in Klammern vermerkt, so dass eine historische Ein- und Zuordnung möglich ist. Die Antworten sind so tel quel übernommen worden wie sie im Original vorhanden waren.

## Martin Bangemann

dem 15. März 1960 leistete ich den Vorbereitungsdienst für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst ab.<sup>2</sup>

### ***Gehler:***

Sie engagierten sich früh im Liberalen Studentenbund und bei den Jungdemokraten. 1963 traten Sie in die FDP ein. Ihre parteipolitischen Aktivitäten und Funktionen für die Freidemokraten in der Bundesrepublik sind zahlreich. Seit 1973 waren Sie, vom Bundestag entsandt, zum ersten Mal im Europäischen Parlament vertreten. Im Vorfeld der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments wurden Sie auf der FDP-Bundesvertreterversammlung zum Spitzenkandidaten gewählt und gehörten seit der Wahl 1979 wieder dem Europäischen Parlament an, wo Sie bis 1984 Vorsitzender der Liberalen und Demokratischen Fraktion waren. Bitte beschreiben und charakterisieren Sie die Liberale Fraktion im Europäischen Parlament von ihrer historischen Entstehung her und in ihrer weiteren Entwicklung.

### ***Bangemann:***

Die Fraktionsgemeinschaft der Liberalen im Europäischen Parlament ist so alt wie die Europäische Versammlung selbst. Bereits in der ersten Sitzungsperiode der Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), also des Vorläufers des heutigen Europäischen Parlaments, am 23. Juni 1953, schlossen sich Liberale und Nahestehende zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammen. Die Fraktion arbeitete unter dem Namen „Fraktion der Liberalen und Nahestehenden“ genau 23 Jahre lang. Nachdem im März 1976 in Stuttgart der Gründungskongreß der „Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft“ (die heutige Bezeichnung lautet: Die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten-ELD) stattgefunden hat, änderte auch die Fraktion der Liberalen und Nahestehenden im Europäischen Parlament ihren Namen und heißt seitdem Liberale und Demokratische Fraktion. Wenn diese Namensänderung auch nur ein rein äußerliches Zeichen war, so deutet sie dennoch an, daß die

2 Martin Bangemann, Bilder und Fiktionen in Recht und Rechtswissenschaft, Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde einer Hohen Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität zu München, München 1963.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Mitglieder der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament sehr wohl bereit sind, die auf nationaler wie europäischer Ebene so oft bestehende Kluft zwischen Parteiorganisationen und Fraktionen überwinden zu helfen. Im Laufe der nun bald 25 Jahre Zusammenarbeit hat sich die Liberale Fraktion im Europäischen Parlament von einem anfänglichen Sammelbecken für Parlamentarier aus recht unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Lagen zur drittstärksten Kraft des Europäischen Parlaments entwickelt, wenn man von der reinen Zahl der Fraktionsmitglieder ausgeht, aber vielleicht auch mit zur stärksten Gruppierung im Europäischen Parlament, was Abstimmungsverhalten und inneren Zusammenhalt angeht.<sup>3</sup>

### ***Gehler:***

Welche Bedeutung kommt der Zusammenarbeit liberaler Parteien in Europa zu?

### ***Bangemann:***

Bereits bei der Gründung der Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft in Stuttgart am 26./27. März 1976 waren sich die beteiligten Parteien darin einig, daß eine europäische liberale Partei Programmpartei sein muß. Es genügte den europäischen Liberalen nicht, sich zu programmatischen Aktionen zusammenzufinden, sie glaubten an den Wert und die Notwendigkeit einer gemeinsamen programmatischen Plattform und gingen unverzüglich daran, sie zu schaffen. Die „Stuttgarter Erklärung“, einstimmig auf dem Kongreß angenommen, enthielt in den Grundzügen dieses Programm: die Entschlossenheit, die „Rechte und Freiheiten des Einzelnen zu schützen und zu fördern“; den Willen, „allen Bürgern Europas ein menschenwürdiges Dasein in einer freien Gesellschaft zu ermöglichen“; den Glauben, „daß Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa am besten gesichert werden können, wenn sich die Europäische Gemeinschaft zu einer Europäischen Union weiterentwickelt“ und den Wunsch, „daß im Jahr 1978 die erste direkte Wahl für das Europäische Parlament gehalten

3 Martin Bangemann, Die Liberale Fraktion im Europäischen Parlament, in: Europa wählen. Die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten stellt sich vor, in: *transnational* 9 (Bonn 1978), S. 22.

werden wird“. Diese letzte Vorstellung ließ sich nur mit einer einjährigen Verspätung verwirklichen, ihre programmatische Arbeit haben die Liberalen jedoch zielstrebig und gründlich fortgesetzt und so die Zeit genutzt.<sup>4</sup>

***Gehler:***

Welches Bild haben die europäischen Liberalen von Europa Ende der 1970er Jahre? Welche Ziele verfolgen sie hinsichtlich der Institutionen und mit Blick auf die Erweiterung der Gemeinschaften? Für was stehen die Liberalen?

***Bangemann:***

Die Liberalen sind für eine demokratische, friedliche, europäische und offene Gemeinschaft. Was ist daran typisch liberal? Sind nicht auch Konservative und Sozialisten, Christdemokraten, ja sogar Eurokommunisten, ob man es ihnen nun glaubt oder nicht, auch für Demokratie, Frieden, Europa und Offenheit? Worin besteht das liberale Profil des Wahlprogramms der Europäischen Liberalen Demokraten? Zusammengefaßt besteht es in Folgendem: In der bewußten Hervorhebung der Menschen- und Bürgerrechte, dem Ausdruck der fundamentalen Überzeugung, daß Europa nicht demokratisch sein kann, wenn es seinen Bürgern nicht die gleichen Möglichkeiten des Grundrechtsschutzes bietet, wie sie sie in den einzelnen Mitgliedsländern finden. Im Aufzeigen pragmatischer Wege, um die vorhandene institutionelle Struktur der Gemeinschaft zu verbessern, dem Parlament mehr Kompetenzen zu verschaffen, ohne sich in theoretische Diskussionen über Bundesstaat und Staatenbund, nationale und supranationale Souveränität zu verlieren. Liberalem Selbstverständnis entspricht es, ein Europa anzustreben, das Element einer friedlichen Ordnung ist, nicht um der bloßen Größe, der Macht und der Machtpolitik willen, Europa als Partner gerade auch der Dritten und Vierten Welt, Europa aber auch als selbstbewußte Gemeinschaft, die sich zu verteidigen weiß. Spezifisch liberaler Vorstellung entspricht es weiterhin, anzuerkennen, daß die Kraft Europas in seiner Verschiedenheit, „in der Vielfalt seiner Kulturen, seiner regionalen

4 Martin Bangemann, Das Programm der Europäischen Liberalen Demokraten, in: Ders./Roland Bieber/Egon Klepsch/Horst Seefeld, Programme für Europa. Die Programme der europäischen Parteibünde zur Europa-Wahl 1979 (Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik Band 51), Bonn 1978, S. 96.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Eigenheiten liegt; daß deshalb nicht nur die Individualität seiner Menschen, sondern auch die der Kulturen und Regionen zu schützen, das europäische, das individuelle Europa zu bauen ist. Liberale Vorstellung zielt schließlich darauf ab, daß in Europa Konservative und Sozialisten, Christdemokraten und Kommunisten und natürlich auch Liberale leben können, daß Pluralität, die Offenheit dieser Gemeinschaft nach innen und nach außen gewahrt werden, daß der Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals nicht eine Frage der Produktion von Oliven, sondern des Überlebens der Demokratie ist. Fassen wir die Aussage des Wahlprogramms der Europäischen Liberalen Demokraten (ELD) noch einmal zusammen: Das Europäische Parlament muß nach seiner Direktwahl rasch über mehr Kompetenzen verfügen. Das Europäische Parlament muß einen konkreten Katalog europäischer Grundrechte ausarbeiten, die für den einzelnen Bürger einklagbar sind. Das Recht auf Leben setzt nach liberaler Auffassung auch die Abschaffung der Todesstrafe innerhalb der Länder der EG voraus. Im Ministerrat muß bei Abstimmungen das Mehrheitsprinzip angewandt werden. Die Europäische Gemeinschaft darf keine Großmacht werden und keine Großmachtspolitik betreiben; als Partner der Völker der Erde soll sie eine friedenssichernde Rolle spielen. Die Erweiterung der Gemeinschaft um Griechenland, Portugal und Spanien ist eine politische Notwendigkeit.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik sollen Fortschritte auf dem Weg zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion erzielt werden. Dies bedeutet eine Einbeziehung von Steuern, Finanzen, Währung und sozialen Angelegenheiten in eine systematische Harmonisierung. Als Schritt zur Erreichung der Wirtschafts- und Währungsunion wird die Emission einer europäischen Parallelwährung vorgeschlagen. Die Position der Regionen innerhalb der Gemeinschaft soll gestärkt werden. Sie stellen unserer Meinung nach neben dem nationalen Mitgliedstaat die Basis der politischen Willensbildung dar. Die Entwicklungspolitik soll künftig in der Kompetenz der EG liegen. In einer liberalen Gesellschaft muß der einzelne vor dem Mißbrauch gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Macht geschützt werden. Die gemeinsame Agrarpolitik muß sich künftig in ein Konzept gemeinsamer Strukturpolitik einfügen, die über die bisher geübte reine Produktionspolitik mittels Preispolitik hinausgeht. Die Kernenergie stellt eine

notwendige, jedoch nur vorübergehende Alternative für den steigenden Energiebedarf dar. Aus wirtschaftlichen Gründen muß auch die Entwicklung kleinerer und mittlerer Unternehmen gefördert werden. Im Bereich der Umweltpolitik wird eine Interventionsbefugnis der Gemeinschaft gefordert.

Die Europäischen Liberalen haben als erste „Parteifamilie“ ein Wahlprogramm vorgelegt. Sie können getrost in diesen Wahlkampf ziehen. Ihr Programm ist liberal, unverwechselbar. Es bekennt sich zu dem urliberalen Gedanken der Individualität, es fordert nicht nur, sondern lebt europäische Solidarität, es ist marktwirtschaftlich, pragmatisch, konkret und ehrlich.<sup>5</sup>

***Gehler:***

In Deutschland findet die Wahl zum Europäischen Parlament 1979 am 17. Juni, dem Tag des Volksaufstands in der DDR gegen das SED-System, statt. In welchem Verhältnis steht die europäische Integration zur Frage der deutschen Einigung?

***Bangemann:***

Ich glaube, daß es gut ist, daß wir am 17. Juni wählen können, weil uns das alle zwingt, in dieser Frage Stellung zu beziehen. Wir haben ja vorher immer um das Problem herumeredet. Die einen haben von einer „Europäisierung“ der Deutschen Frage gesprochen, und alle möglichen Leute haben sich darunter verschiedenes vorgestellt. Ich glaube, daß wir die europäische Einigung vollkommen unabhängig zunächst von der Frage der deutschen Wiedervereinigung sehen müssen. Für mich ist die europäische Einigung eine reale Möglichkeit. Das kann ich jetzt tun. Und die deutsche Wiedervereinigung ist eine entfernte Möglichkeit, eine vielleicht irgendwann eintretende zu realisierende Chance. Aber sie ist im Moment nicht etwas, was mein unmittelbares politisches Handeln erfordert. Anders steht es damit, wenn man das Ganze unter dem Gesichtspunkt eines deutsch-deutschen Verhältnisses im Sinne eines Beitrages zu einer vernünftigen Ost- und Entspannungspolitik sieht. Da gewinnt die europäische Einigung und ihr Verhältnis zur Deutschlandpolitik eine immense Bedeutung. Ich glaube nämlich in der Tat, daß wenn es uns gelänge, dieses deutsch-deutsche

5 Bangemann, Das Programm (1978), S. 116-118.



## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Verhältnis zu verbessern, noch besser zu machen, als es vielleicht jetzt schon ist, daß wir damit eine Öffnung, ein Verständnis für die Probleme der Menschen in den östlichen Nachbarländern haben, die wir nicht hätten, wenn wir das deutsch-deutsche Problem nicht hätten. Das heißt, ich bin für eine Verbindung europäischer Politik mit Deutschlandpolitik, nicht im Sinne des Vorantreibens einer nationalstaatlichen Wiedervereinigung. Das würde ich für beide Seiten für schädlich halten. Ich hielte es für schädlich für die Deutschlandpolitik und hielte es für schädlich für die Europapolitik. Denn ich bin sehr im Zweifel, ob unter diesem Signum unsere europäischen Nachbarn mit antreten würden. Ich halte es aber für äußerst nützlich und auch notwendig am Beispiel des deutsch-deutschen Verhältnisses zu zeigen, daß die europäische Einigung keinen „Closed-Shop“ zustandebringen darf, also kein Gebilde, das sich bewußt und willkürlich nach Osten hin abgrenzt und abschließt und glaubt, daß mit dieser europäischen Einigung ein Maximum an Friedenspolitik geleistet ist. Die Europäische Gemeinschaft muß dieses Verhältnis zu ihren östlichen Nachbarn sehr offen und auch als Problem erkennen, aber auch als Chance, und darin liegt meiner Meinung nach die Bedeutung dieser Verbindung.<sup>6</sup>

### ***Gehler:***

Stehen also die Fragen der deutschen Teilung und die der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands noch auf der Tagesordnung?

### ***Bangemann:***

Ich bin in einem Teil Deutschlands geboren, der heute zur Deutschen Demokratischen Republik gehört. Wolfgang Mischnick, Hans-Dietrich Genscher kommen von dort, haben drüben angefangen, Politik zu machen. Ihre Liberalität war dort unerwünscht. Die FDP ist eine Partei, die mit vielen Wurzeln dem anderen Teil Deutschlands verbunden ist. Schon 1956 gab es, lange bevor deutsch-deutsche Reisen zur politischen Routine wurden, auch Gespräche zwischen uns und Vertretern jener Partei, die sich in der DDR liberaldemokratisch nennt. Dabei ist nicht viel Konkretes herausgekommen.

6 Martin Bangemann/Egon A. Klepsch/Beate Weber/Roland Bieber, Die Abgeordneten Europas. Möglichkeiten und Leistungen, Baden-Baden 1984, S. 175-176.

## Martin Bangemann

Aber schon daß man die Schützengräben des kalten Krieges verließ, daß man überhaupt miteinander sprechen konnte, war damals ein Wert an sich. Das blieb nicht unkritisiert, es hat uns nicht gestört. Heute ist das alles einfacher, leichter, selbstverständlicher. Heute gibt es, jenseits aller politischen und gesellschaftlichen Unterschiede, jenseits aller Polemik ein weitverzweigtes Geflecht deutsch-deutscher Beziehungen. Nicht als Selbstzweck, sondern aufgebaut, oft auch in der Bundesrepublik selbst innenpolitisch schwer erstritten um der Menschen in beiden Teilen Deutschlands willen. Vor allem für die Menschen in der DDR, die es schwerer haben als wir. Und wir zweifeln nicht daran, daß bessere deutsch-deutsche Beziehungen auch dem Ost-West-Verhältnis dienen.

Die Liberalen haben von Anfang an für die deutsch-deutschen Kontakte gekämpft. Nicht als Wiedervereinigungs-Neutralisten, wohl aber als entschiedene Vorkämpfer einer realistischen Entspannungspolitik. Gewiß, es hat seine Zeit gedauert, bis wir erkannten, daß eine Lösung der deutschen Frage nur in größerem, in europäischem Zusammenhang möglich ist. Zu groß war gerade unsere alte Verbundenheit mit dem anderen Deutschland. Aber gerade wegen dieser Verbundenheit haben wir keine sinnvolle Möglichkeit ausgelassen, die Spaltung Deutschlands erträglicher für seine Bewohner werden zu lassen. Das war einer der entscheidenden Gründe für unseren Eintritt in die sozialliberale Koalition, und wir haben davon auch heute nichts abzustreichen.

Wir setzen diese Politik in der Koalition mit den Unionsparteien bruchlos fort. Und für mich gehört es zu den erfreulichen Erkenntnissen in dieser Zusammenarbeit, daß dies auch ohne große Meinungsverschiedenheiten möglich ist. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß die Unionsparteien auf unsere Linie eingeschwenkt sind, daß sie deutschlandpolitisch viel gelernt und manches ideologische Gepäck abgelegt haben, das sie jahrzehntelang mit sich herumgeschleppt hatten. Wir begrüßen das, denn wir wollen auch Deutschlandpolitik nicht gegen den, sondern mit dem Koalitionspartner machen.

Es hat herbe Enttäuschungen in dieser Politik gegeben, gerade im Jahr 1984. Aber Schuld daran hatten weniger die Deutschen in Ost und West als das

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Verhältnis der beiden Supermächte. SED-Generalsekretär Honecker durfte nicht so, wie er wohl gewollt hatte, bekam die Grenzen seines Einflusses deutlich zu spüren. Jetzt werden die Liberalen darauf drängen, die Möglichkeiten auch für die innerdeutschen Beziehungen auszuloten, die sich bei einem hoffentlich fruchtbaren Dialog zwischen Moskau und Washington ergeben.

Ich plädiere für ein ganz unspektakuläres Vorgehen. Es muß ja nicht gleich ein Spitzentreffen sein, und schon gar nicht sollten wir in unangemessener Weise darauf drängen, um es dann wieder öffentlich zu zerreden. Wichtiger ist etwas anderes: Die Vertragspolitik der beiden deutschen Staaten fortzusetzen und in vielen kleinen Schritten das Netz gegenseitiger Verflechtungen enger zu ziehen. Wenn irgendwo das Wort Realpolitik einen Sinn hat, dann hier in den deutsch-deutschen Beziehungen: In den wirtschaftlichen Verbindungen, in der Verkehrspolitik, im Umweltschutz, im Besuchs- und Reiseverkehr, auch in Erleichterungen für Berlin. Jede Vereinbarung zu diesen Themen bringt mehr als flüchtiges Fernseh-Trara.

Und für diese Politik gilt selbstverständlich, daß sie eben nicht auf einen deutsch-deutschen Sonderweg hinausläuft. Die beiden deutschen Staaten gehören unterschiedlichen Bündnissen an, leben in unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen. Unsere Politik ist nicht darauf aus, diese Tatsache zu verwischen, einen Keil zwischen die DDR und ihre östlichen Nachbarn zu treiben. Und umgekehrt gilt das Gleiche. Aber gerade die Liberalen bekennen sich zur gemeinsamen deutschen Geschichte, zur Verantwortung auch unserer Generation vor dieser Geschichte. Und deshalb stimme ich dem Satz zu, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Nur gehe ich noch etwas weiter: Es darf von niemandes Boden ein Krieg in Europa ausgehen. Liberale Deutschlandpolitik, wie wir sie seit Jahrzehnten betreiben, trägt dazu bei.<sup>7</sup>

### **Gehler:**

Wie standen Sie eigentlich zur Frage des NATO-Doppelbeschlusses und zu

7 Martin Bangemann, Kurs '87. Auf die F.D.P. kommt es an, Stuttgart – Herford 1985, S. 115-118.

den europäischen Interessen im atlantischen Bündnis im besonderen?

***Bangemann:***

Als Vorsitzender des sicherheitspolitischen Ausschusses meiner Partei habe ich bei Parteitagen ohne Widerspruch ausgedrückt, auch in Resolutionen, daß wir innerhalb der NATO stehen. Das ist die Voraussetzung, es darf also kein „verdeckter Krieg“ geführt werden, um dann zur Auflösung der NATO zu kommen. [...] Daß man innerhalb der NATO zu einer stärkeren Berücksichtigung europäischer Interessen gelangt, das halte ich für notwendig, und dafür glaube ich, ist die Europäische Gemeinschaft und das Europäische Parlament das geeignete Forum. Ich glaube nicht, daß die WEU oder daß die nationalen Parlamente das geeignete Forum sind, weil sie eben immer nur Teilaspekte dieses Problems behandeln können. Wir können das in den gesamten politischen Rahmen stellen, der uns ja auch im übrigen durch unsere Entwicklungspolitik geliefert wird, und ich denke, daß das sicherlich ein Ansatzpunkt ist, den das neue direkt gewählte Parlament weiter verfolgen soll. Daß die liberale Partei in dieser Frage nicht zurückhaltend war, das beweist ja schon die Geschichte dieser Debatte, das fing schon im nicht direkt gewählten Parlament mit Lord Gladwyn<sup>8</sup> an, der damals den ersten Bericht dazu vorgelegt hat, bis hin zu dem Bericht von Haagerup<sup>9</sup> zur Sicherheitspolitik.<sup>10</sup>

***Gehler:***

Was halten Sie von einem einseitigen Abrüstungsschritt zur Vertrauensbildung? Ist das realistisch angesichts der sowjetischen Aufrüstung der letzten Jahre?

8 Hubert Miles Gladwyn Jebb, 1. Baron Gladwyn, of Bramfield (\* 25. April 1900; † 24. Oktober 1996), stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Liberalen im House of Lords bis 1988, Mitglied des Europäischen Parlaments (1973-1976).

9 Niels Jørgen Haagerup (\* 21.10.1925, † 29.6.1986), seit 1958 Sprecher des NATO-Nordkommandos (Büro Kopenhagen), Mitglied der ALDE seit 1979; des Ausschusses für politische Angelegenheiten (1979-1980), stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für politische Angelegenheiten (1980-1984) und Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten (1983-1984).

10 Bangemann/Klepsch/Weber/Bieber, Die Abgeordneten Europas (1984), S. 180.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

### ***Bangemann:***

Wenn wir von dem Grundsatz der Gegenseitigkeit bei der Abrüstung abrücken, dann gefährden wir die Sicherheit auf der Welt, und ich glaube nicht, daß man bei allen voraussetzen kann, daß sie dieselben, friedlichen, nicht machtpolitischen Absichten haben wie wir. Wobei ich das gar nicht nach Ost und West eingrenzen will, es gibt machtpolitische Überlegungen in Ost und West, nicht in der Bundesrepublik, wohl aber beispielsweise, und damit bin ich bei dem Beispiel der Waffenexporte, auch bei einigen unserer europäischen Nachbarn, die Mitglied der EG sind. Das hat nichts mit parteipolitischen Orientierungen zu tun. Frankreich hat während der Zeit der Regierung Giscard und jetzt während der Zeit der Regierung Mitterrand immer dieselbe Position vertreten. Ich bin ganz sicher, ich habe gar keine Zweifel, daß die sozialistische französische Regierung heute eine Waffenexportregelung, wie ich sie mir wünschen würde und wie sie die Bundesrepublik beispielsweise hat, schlicht und einfach ablehnt. Das ist nicht eine Frage der Parteipräferenz, sondern vielleicht eine Frage der politischen Entwicklung innerhalb der EG. Wenn die EG es schaffen würde, in wichtigen Fragen zu gemeinsamen Standpunkten zu kommen, wäre sie auch politisch reifer geworden, sie wäre z. B. weiter entfernt von nationalistischen überholten Machtansprüchen.<sup>11</sup>

### ***Gehler:***

Ist das kolonialpolitische, machtpolitische und nationalistische Denken innerhalb der EG-Staatengemeinschaften noch vorhanden? Ich frage auch im Kontext des wahnwitzigen Wettrüstens.

### ***Bangemann:***

Einige in der Europäischen Gemeinschaft wissen z.B. noch nicht, daß nationalistische Machtpolitik, auch in früheren Kolonien, überholt ist und nichts mehr fruchtet. Der Prozeß der Überzeugung in diesen Ländern dauert eine gewisse Zeit, das heißt aber nicht, daß ich beispielsweise und die Liberale Fraktion und die liberalen Parteien diesen Rüstungswahnsinn, wie Sie ihn

11 Bangemann/Klepsch/Weber/Bieber, Die Abgeordneten Europas. Möglichkeiten und Leistungen, Baden-Baden 1984, S. 182.

genannt haben, befürworten, ganz im Gegenteil.<sup>12</sup>

***Gehler:***

Kommen wir kurz zur deutschen Innenpolitik: War die politische Wende von 1982 und die Entscheidung der FDP, den Koalitionspartner zu wechseln eher ein Zufall, der aus einer momentanen politischen Konstellation erwuchs?

***Bangemann:***

Die FDP, so sagen Gegner wie viele Mitglieder auch, sei politisch wankelmütig. Sie wechsele die Koalitionen wie ein Hemd, sie wolle immer dabei sein, wenn in Bonn die Regierung gebildet wird. Sie verprelle so ihre Wähler, die nicht mehr wissen könnten, woran sie mit dieser Partei seien. Und diese Politik habe die Partei zutiefst verunsichert, habe ihre Seele beschädigt (Dahrendorf). Gemeint ist die politische Wende in Bonn des Jahres 1982.

Ich halte es nicht für sehr ergiebig, diese politische Entscheidung heute noch in Frage zu stellen, sie gar als einen Fehler unserer Politik zu betrachten. Die Wende war kein Zufall, war erst recht kein politisches Abenteuer, ebenso wenig wie die vorangegangene sozialliberale Koalition ein Zufall oder ein Fehler gewesen ist. Beides war notwendig für die Bundesrepublik. Beides hat eine kleine Partei nicht der Macht und der Ministerposten willen auf sich genommen, sondern um eine als richtig erkannte Politik im Interesse der Menschen voranzutreiben. Gewiß bestreite ich nicht, daß die sozialliberale Koalition auch anders, besser, eleganter, demokratischer, in größerem inneren Einverständnis der Partei hätte beendet werden können. Und wenn ich für ein dauerndes, intensives politisches Gespräch innerhalb der Partei plädiere, dann nicht zuletzt aus den Erfahrungen, die wir in Zusammenhang mit der Ablösung der sozialliberalen Koalition ziehen mußten. Da hätte vorher in der Partei noch mehr über die Gründe gesprochen werden müssen, die zu diesem Schritt geführt haben. Da hätte die Bereitschaft vieler Mitglieder, sich intellektuell und in ihren Gefühlen auf diese unvermeidbare Notwendigkeit einzustellen, stärker motiviert werden können.

Aber in der Sache blieb uns – aus Verantwortungsbewußtsein – gar nichts

12 Ebd. (1984), S. 182.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

anderes übrig, als das zu tun, was wir nach langem, vielleicht zu langem Zögern und Abwägen getan haben. Es gab eben keine gemeinsame Haltung jener Koalition in der Sicherheitspolitik, in der Außenpolitik, in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik mehr. Die Sozialdemokraten hatten den Boden gemeinsamen Handelns, einander naher politischer Ziele längst verlassen, als der Bruch vollzogen wurde. Der einsame, von seiner Partei verlassene Bundeskanzler Helmut Schmidt erschien damals geradezu als das traurige Sinnbild jenes politischen Erdrutsches, den die SPD veranstaltete, und die heutige Verfassung der Sozialdemokraten, ihre Nähe zu grünem Fundamentalismus hat auch die letzten Zweifler und Kritiker in der FDP längst überzeugt: Es ging nicht mehr mit den Sozialdemokraten, und es wird für die Liberalen auf lange Zeit nicht mehr mit ihnen gehen. Dabei hätten wir es uns, hätten wir nur an uns gedacht, weiß Gott einfacher machen können. Die Erschütterungen und Beschädigungen, die dieses Ereignis in der FDP und bei ihren Wählern ausgelöst hat, wären ja durchaus zu vermeiden gewesen, hätten wir die Augen zu und mit den Sozialdemokraten einfach weiter gemacht. Bis zum Ende der Legislaturperiode wäre es wohl noch mit Ach und Krach gegangen. Wir haben den unbequemen, den für uns gefährlicheren Weg gewählt. Wir mußten ihn gehen, weil wir anders unsere als richtig erkannten politischen Vorstellungen verraten und verkauft hätten.<sup>13</sup>

### ***Gehler:***

Sie sprachen die Sicherheitspolitik an. Welche Bedeutung haben Friedens- und Sicherheitspolitik für die FDP und wer repräsentierte in Ihrer Partei am stärksten diese Linie?

### ***Bangemann:***

Es gibt einen Mann in den Reihen der FDP, der dieses liberale Grundprinzip verkörpert wie kein anderer in unserem Land: Hans-Dietrich Genscher. Dieser Liberale, viel bewundert und noch mehr gescholten, von den eigenen Parteifreunden oft hart malträtirt, oft ungerecht kritisiert, ist niemals daran irregeworden, daß die von ihm nun über 15 Jahre betriebene Außenpolitik den

13 Martin Bangemann, Kurs '87. Auf die F.D.P. kommt es an, Stuttgart – Herford 1985, S. 29-31.

Frieden sicherer macht. Und wenn man einmal auf diese 15 Jahre zurückblickt, so werden auch Genschers viele Gegner nicht bestreiten können: Er hat den Frieden sicherer gemacht. Er hat gezeigt, in zwei Koalitionsregierungen, wie mit den unbeirrbar außenpolitischen Prinzipien eines Liberalen auch einer Mittelmacht friedensstiftende Aufgaben zufallen können, die weit über die nationale Politik hinausreichen. Es ist nicht die Position eines einzigen Liberalen allein. Es ist die Position, es sind die Grundvorstellungen seiner Partei, aller Liberalen in unserem Land.

Liberaler Friedens- und Sicherheitspolitik ist keine Anbiederung an den potentiellen Gegner. Es ist keine Preisgabe deutscher, westlicher Interessen. Es ist kein Appeasement unseligen Angedenkens. Es ist die bewußte Wahrnehmung deutscher Interessen, die erklärte Einbindung in das westliche Bündnis freiheitlich verfaßter Staaten und Völker, die standhafte Behauptung gegenüber Lockungen und Pressionen der anderen, der östlichen Seite. Der Karlsruher Beschluß der Freien Demokratischen Partei aus dem Jahre 1983 zur unausweichlich gewordenen Nachrüstung hat das auf beeindruckende Weise belegt. Wir haben damals gesagt, daß wir für Abrüstung sind, aber nicht allein abrüsten können. Wir haben gesagt und wir sagen heute, daß es eine Abrüstung auf Gegenseitigkeit sein muß – im Osten und im Westen.

Die FDP ist wegen dieser Entscheidung viel gescholten worden – wie richtig sie war, zeigt sich nach der Wiederaufnahme der Genfer Gespräche im Januar 1985. Damals meinten unsere Kritiker, wir hätten zum Ende der Abrüstungsverhandlungen beigetragen. Das Gegenteil war richtig. Wir haben die Fortsetzung dieser Gespräche vorausgesagt und damit recht behalten. Die Freie Demokratische Partei kann heute auf die Richtigkeit ihrer Politik verweisen, und sie kann noch mehr, denn das ist die andere, die komplementäre Seite dieser Friedenspolitik: Auch nach der Unterbrechung der Genfer Gespräche hat sie keinen Moment gezögert, ihre Verständigungsbereitschaft mit dem Osten in einer Fülle von Initiativen und Gesprächen deutlich zu machen.<sup>14</sup>

14 Ebd. (1985), S. 98-100.



## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

### ***Gehler:***

Nachdem die FDP bei der Europawahl 1984 an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, schieden Sie wieder aus dem Europa-Parlament aus. Am 27. Juni 1984 wurden Sie als Bundesminister für Wirtschaft in die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Bundesregierung berufen. Zwei Grundsatzfragen hierzu: Führt das Credo von der Leistungsgesellschaft und ihre Übersteigerung nicht zu einer Ellbogengesellschaft? Wie stehen Sie zum Wettbewerb?

### ***Bangemann:***

Gleiches gilt beim Wettbewerb. Einerseits ist er nicht zuletzt deshalb so unbeliebt, weil er dazu zwingt, Verbesserungen, die er hervorgebracht hat, nachzuahmen. Andererseits eröffnet er findigen und kreativen Köpfen Chancen zur Erzielung von Pioniergewinnen. Das hat nichts mit Ellenbogengesellschaft zu tun, von der freigesetzten wirtschaftlichen Dynamik profitieren alle.

Die Alternative zur Leistungsgesellschaft ist die Zuteilungswirtschaft; sie ist aber nur um den Preis der Unfreiheit zu haben und – wie alle Erfahrung lehrt – mit einer mehr als unbefriedigenden Versorgung. Der Wille und die Bereitschaft zur Leistung dürften nicht gänzlich zu verschütten sein; das werden auch jene nicht fertigbringen, die den Leistungswilligen ein schlechtes Gewissen zu machen trachten.<sup>15</sup>

### ***Gehler:***

Ist ein Ausstieg aus der Industriegesellschaft überhaupt realistisch und sinnvoll, geschweige denn machbar?

### ***Bangemann:***

Ich bestreite nicht, daß sich manches Problem aus der Industriegesellschaft alten Stils entwickelt hat. Aber wir werden die alten Probleme nicht

15 Martin Bangemann, Mit Subventionen aufräumen, in: Otto Wolff von Amerongen/Martin Bangemann/Hans H. Gattermann, Marktwirtschaftliche Steuerpolitik. Deutscher Industrie- und Handelstag, DIHT Vollversammlung 12. Februar 1985, Bonn 1985, S. 18.

bewältigen können, wenn wir aus der Industriegesellschaft aussteigen wollen. Das ist eine Einstellung zur Technologie, die von einer naiven Technologiegläubigkeit weit entfernt ist. Kein Mensch wird heute mehr annehmen, daß man ein Land – wie zum Beispiel die Sowjetunion – nur zu elektrifizieren brauche, um es damit in ein Paradies auf Erden zu verwandeln. Jedermann weiß, daß nicht die Deckung materieller Bedürfnisse allein schon eine befriedigende gesellschaftliche Umwelt schafft. Eine Gesellschaft aber, die neue Technologien allenfalls nach Prüfung der Sozialakzeptanz hinnimmt, läßt sich Chancen entgehen, die – natürlich auch, aber nicht nur – im Materiellen liegen. Ein Drittel unseres Bruttosozialprodukts wird im Export erwirtschaftet. Wer will dieses Drittel des Bruttosozialprodukts wie ersetzen? Das müssen diejenigen sagen, die vorschlagen, man solle den Export reduzieren, weil es zu riskant sei, sich auf ihn als eine Quelle des Einkommens zu verlassen.<sup>16</sup>

***Gehler:***

Was ist mit Blick auf die Einführung neuer Technologien notwendig und was kann sie leisten?

***Bangemann:***

Das bedeutet, daß wir in der Frage neuer Technologien eine Einstellung gewinnen müssen, die den Menschen mit Optimismus ausstattet. Das haben wir, wie ich meine, wieder erreicht. Es gibt in unserer Gesellschaft, vor allem bei der Jugend, in zunehmendem Maße das Bewußtsein, daß man mit Einsatz moderner Technologie wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme bewältigen kann. Das heißt, daß wir durch Einsatz moderner Techniken Wirtschaftswachstum begründen können und daß sich daraus neue Arbeitsplätze ergeben. Aber das allein reicht nicht aus, um der Probleme am Arbeitsmarkt Herr zu werden.<sup>17</sup>

16 Martin Bangemann, Leitlinien einer langfristigen Wirtschafts- und Sozialpolitik (Schriftenreihe des Verbands der Metallindustrie Baden-Württemberg Stuttgart), Mitgliederversammlung 1986, Köln 1986, S. 15-16.

17 Ebd. (1986), S. 16-17.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

### ***Gehler:***

Welche Bedeutung kommt der Investitionsbereitschaft von Unternehmern für die EG und welche Rolle den außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu?

### ***Bangemann:***

Die Investitionsneigung der Unternehmen hat sich gebessert; auch die Ertragsaussichten sind besser geworden. Wir waren in der Situation, daß jemand, der sein Geld in Geldanlagen unterbringen konnte und wollte, bei niedrigerem Risiko einen höheren Ertrag hatte, als wenn er sein Geld in Sachanlagen investiert hätte. Es gab große Firmen der deutschen Industrie, die keinen Sinn mehr darin sahen zu investieren, zu forschen oder was auch immer Unternehmerisches zu tun. Für sie war es interessanter, sich praktisch als Bank zu betätigen. Das war ein unübersehbares Signal dafür, daß wirtschaftliche Daten falsch gesetzt waren. Deshalb freue ich mich, daß sich die Ertragslage verändert und sich dieses Verhältnis wieder umgekehrt hat. Wir haben heute wieder eine höhere Rendite aus der Sachanlage als aus einer Geldanlage. Es gibt einen Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung, den wir nur begrenzt beherrschen. Das liegt nicht an der mangelnden Fähigkeit der Regierung oder an irgendwelchen innenpolitischen Hemmnissen, sondern daran, daß wir in einer Welt leben, in der die Souveränität der einzelnen Länder eine große Rolle spielt. Das sind die außenwirtschaftlichen Bedingungen.<sup>18</sup>

### ***Gehler:***

Welche Rolle spielt Ihrer Auffassung nach Protektionismus und was bedeutet dieser mit Blick auf den Osten Europas?

### ***Bangemann:***

Ich habe mich, seit ich Wirtschaftsminister bin, ganz entschieden darum bemüht, die Bedingungen des Freihandels zu erhalten. Es gibt aber viele Länder – leider auch große Handelspartner von uns –, die immer wieder in den alten Fehler des Protektionismus verfallen, die immer wieder dem Irrtum erliegen, sie könnten ihrer Industrie und ihrer Volkswirtschaft etwas Gutes

18 Ebd. (1986), S. 17-18.

tun, wenn sie Zollmauern oder andere Handelshemmnisse aufbauen.

In Wahrheit – das wissen wir aus der Praxis wie auch aus vielen wissenschaftlichen Untersuchungen; erst vor kurzem hat die OECD eine Untersuchung über die nachteiligen Folgen des Protektionismus veröffentlicht – wird die Industrie eines Landes, die hinter solchen Schutzmauern lebt, wettbewerbsunfähig. Sie kann sich weder zu Hause noch auf dem Weltmarkt durchsetzen. Deswegen ist es völlig falsch, wenn Länder dazu übergehen, Probleme einzelner Wirtschaftszweige mit protektionistischen Maßnahmen zu kaschieren. Das ist nicht gut. Auch sogenannte Selbstbeschränkungsabkommen sind nur ein Euphemismus für Protektionismus. Das hat nämlich nichts mit Freiwilligkeit zu tun. Da wird ein Lieferland mit der Drohung der Handelsbeschränkung gezwungen, etwas zu unterschreiben, was es aus freien Stücken niemals unterschriebe.<sup>19</sup>

***Gehler:***

Welcher Stellenwert kommt der Gemeinsamen Agrarpolitik hinsichtlich des EG-Protektionismus zu?

***Bangemann:***

Wir geben in der Europäischen Gemeinschaft fast 40 Milliarden DM für die Agrarpolitik aus. Die Hälfte davon – über 20 Milliarden DM – kommt überhaupt nicht bei den Landwirten an, weil das Geld für die Lagerung und für den Absatz der Überschüsse ausgegeben wird. Damit wird gute Außenwirtschaftspolitik konterkariert, denn in der handelspolitischen Diskussion wird uns stets auch die Agrarhandelspolitik der EG vorgehalten. Außerdem können agrarhandelspolitische Auseinandersetzungen auf andere Bereiche übergreifen, wenn sie eine Quelle von Maßnahmen und Gegenmaßnahmen bleiben.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir in intensiven Besprechungen die Voraussetzungen für eine neue GATT-Runde zustandegebracht. Wir werden Mitte September in Uruguay diese Runde eröffnen können. Ich hoffe, daß davon auf alle ein heilsamer Druck ausgeht, protektionistische Neigungen

19 Ebd. (1986), S. 18-19.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

lieber zu unterdrücken.<sup>20</sup>

### ***Gehler:***

Wie sehen Sie die Relevanz der Frage des Steuersystems in Europa und was wird hier von gemeinschaftlicher Seite erstrebenswert sein?

### ***Bangemann:***

Wir brauchen ein vernünftigeres Steuersystem. Wir haben in diesem Jahr in der ersten Stufe die Lohn- und Einkommensteuerlast um rund 11 Milliarden DM gesenkt und werden sie 1988 um weitere rund 8 Milliarden reduzieren. Das ist eine Korrektur. Wir wollen aber in der nächsten Legislaturperiode das Steuersystem umgestalten. Warum? Die Besteuerung der Unternehmen bei uns ist zu hoch. Die Kumulation der einzelnen Steuern, der Einkommens- oder Körperschaftsteuer, der Vermögensteuer, der Gewerbesteuer und was es an Steuern alles gibt, ergibt eine Belastung der Erträge von 70 Prozent. Besonders kleinen und mittleren Betrieben wird bei dieser Belastung die Eigenkapitalbildung erschwert. Kleine Unternehmen wirtschaften manchmal mit einem Eigenkapitalanteil von 10 Prozent. Das ist schon unter Risikogesichtspunkten unzureichend. Gänzlich unzureichend ist das dann, wenn man bedenkt, welcher hohen Kapitalbedarf moderne Produktionsmethoden erfordern. Wir brauchen also dringend eine Entlastung der Unternehmen von der Steuerlast.<sup>21</sup>

### ***Gehler:***

Wir haben zuvor schon kurz von Sicherheitspolitik gesprochen. Welche Ergebnisse brachte Ihre Reise in die Vereinigten Staaten mit Blick auf die Strategic Defense Initiative (SDI) der Reagan Administration? Ist das nicht eine Frage von Relevanz hinsichtlich bundesdeutscher Sicherheitspolitik?

### ***Bangemann:***

Einmal, wir unterstützen politisch, was die amerikanische Administration, was der amerikanische Präsident mit diesem Vorhaben beabsichtigt.

20 Ebd. (1986), S. 19.

21 Ebd. (1986), S. 19-20.

## Martin Bangemann

Wir sind der Meinung, daß die Bundesregierung selbst sich daran nicht beteiligen muß, um das umzusetzen. Deswegen haben wir auch keine Haushaltsmittel dafür vorgesehen.

Wir wollen aber alle Bedingungen, die deutsche Unternehmen oder Institutionen haben müssen, um sich daran beteiligen zu können, so gestalten, daß keinerlei Widerstand oder Bedenken oder Besorgnis entstehen muß, wenn ein Unternehmen eine solche Entscheidung trifft.

Und viertens: Wir wollen einen genauen Unterschied machen zwischen diesen wirtschaftspolitisch und technologisch wichtigen Fragen und den Fragen, die man stellen muß, wenn nach dem Abschluß der Forschung über die Anwendung der Ergebnisse gesprochen werden muß. Dann, und erst dann werden eine Reihe von wichtigen politischen abrüstungs- und bündnispolitischen Fragen relevant. Dazu gehört auch die Frage, welcher Grad von Sicherheit mit der Anwendung eines solchen Systems zu erlangen ist, oder ob – was nicht von uns zu billigen wäre – unterschiedliche Grade von Sicherheit im atlantischen Bündnis zu verzeichnen wären.

Das sind also, wie Sie mit Recht sagen, wichtige Fragen, vor denen wir stehen. Ich möchte aber hier in aller Entschiedenheit davor warnen, solche Fragen vorschnell zu beantworten. Man kann sie nicht kategorisch mit Ja oder mit Nein beantworten, sondern wir müssen behutsam diese Dinge sich entwickeln lassen. Wir müssen die Entwicklung beeinflussen, und wir müssen uns in jedem Fall davor hüten, die falschen Diskussionen zu führen. Ein Gutteil der politischen Diskussionen über diese Fragen gehen am Thema vorbei. Sie sind aber nicht ungefährlich, weil sie das Problem verdecken, um das es geht, und weil sie manchmal Lösungen unmöglich machen, zu denen man sehr wohl gelangen könnte, wenn man sich mit den eigentlichen Problemen beschäftigte.<sup>22</sup>

### **Gehler:**

Welche Perspektive gibt es mit Blick auf die nächste GATT-Runde?

22 Vortrag Dr. Martin Bangemann, Bundesminister für Wirtschaft, Marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik im Jahre 1986, Bonn 1986, S. 13-14.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

### ***Bangemann:***

Wir werden 1986 ein entscheidendes Jahr in der Handelspolitik haben. Die Bundesregierung hat sich nachhaltig darum bemüht, daß wir zu einer neuen GATT-Runde kommen. Ich glaube, daß es uns gelungen ist, eine Situation aufzulösen, die zunächst hoffnungslos schien, weil die Entwicklungsländer für sich keinen Sinn in einer neuen Verhandlungsrunde sehen konnten: Die Industrieländer seien wohl interessiert an Dienstleistungen und deren Einführung in das GATT-System, nicht aber daran, ihre Märkte zu öffnen und dadurch auch den Entwicklungsländern eine Chance zu geben. Wir haben diese Widerstände noch nicht ganz überwunden, aber doch soweit aufgelöst, daß wir jetzt ein Vorbereitungskomitee für eine neue Runde eingesetzt haben, und ich hoffe, daß dieses Vorbereitungskomitee Mitte des Jahres den Startschuß für eine neue GATT-Runde den Ministern überlassen kann.<sup>23</sup>

### ***Gehler:***

Welche Bedeutung hat der Freihandel in internationaler Perspektive?

### ***Bangemann:***

Ich weiß, daß der freie internationale Handel von existenzieller Bedeutung ist; deshalb dazu noch ein paar Worte. Nicht alle unsere Partner sind in der gleichen Weise freihändlerisch gesonnen, wie wir das selber sind. Und die Tatsache, daß wir bis 1992 innerhalb der EG einen Gemeinsamen Markt schaffen wollen, mißverstehen einige, indem sie glauben, daß man dann an den Grenzen dieses Gemeinsamen Marktes die Zollmauern wieder errichten kann. Das ist falsch. Dasselbe, was wir intern in der EG wollen, ist auch weltweit richtig. Handelsgrenzen müssen beseitigt werden, und wir dürfen nicht den Vorteil des Binnenmarktes zunichte machen durch einen, wie Sie sagen, verbesserten Außenschutz.<sup>24</sup>

### ***Gehler:***

Wie sehen Sie in diesem Kontext das Verhältnis zwischen Industrie- und sogenannten Entwicklungsländern, z.B. im Bereich der Textilindustrie?

23 Ebd. (1986), S. 22.

24 Ebd. (1986).

***Bangemann:***

Im Vorfeld dieser GATT-Runde steht die Glaubwürdigkeit der Industrieländer auf dem Prüfstand. Wenn wir in den Neuverhandlungen über das Welttextilabkommen eine protektionistische Haltung einnehmen, werden Entwicklungsländer mit Recht kein Zutrauen in die GATT-Runde setzen. Deswegen werbe ich so dafür, daß wir die berechtigten und sicherlich zu berücksichtigenden Interessen der deutschen Textilindustrie in unsere Überlegungen einbeziehen, sie aber nicht so zum Maßstab unseres Handelns werden lassen, daß wir das geltende Welttextilabkommen einfach verlängern oder vielleicht sogar verschlechtern.

Denn wir können unsere Glaubwürdigkeit nur so erhalten. Die Entwicklungsländer müssen die Chance haben, Exporteinnahmen zu erwirtschaften, durch die allein sie in der Lage sein werden, ihre Schuldenprobleme zu lösen.<sup>25</sup>

***Gehler:***

Welche Position nehmen Sie zur Schuldenkrise und dem Baker-Plan<sup>26</sup> ein?

***Bangemann:***

Seit der Verschuldungskrise im Jahr 1982 sind zwar wesentliche Fortschritte bei den Bemühungen um eine bessere Übereinstimmung zwischen dem Schuldendienst und der Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer erzielt worden. Zahlreiche Entwicklungsländer haben durch energische Maßnahmen der Haushalts-, Preis- und Außenwirtschaftspolitik ihre Entschlossenheit zu Reform und Anpassung bewiesen.

25 Ebd. (1986), S. 22-23.

26 Der genannte Plan wurde im Oktober 1985 auf der Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Seoul vom US-Finanzminister James Baker als Möglichkeit zur Bekämpfung der internationalen Schuldenkrise vorgestellt. Der Plan war von der Idee getragen, dass der von der Volksrepublik China stammende Handelsbilanzüberschuss genutzt werden könnte, um einige der Schuldenprobleme der Dritten Welt zu lösen. Der Plan sollte hoch verschuldeten Ländern mit mittlerem Einkommen helfen, d.h. Ländern, die nicht arm sind, aber dennoch hohe Schulden haben. Es wurden fünfzehn Länder genannt, von denen zehn in Mittel- und Lateinamerika liegen.



## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Die ölimportierenden Entwicklungsländer konnten ihre Leistungsbilanzdefizite zwischen 1982 und 1984 um die Hälfte verringern. Diese Erfolge dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Schuldenkrise noch nicht gelöst ist. Die Bundesregierung begrüßt deshalb die sogenannte Baker-Initiative, d.h. den Vorschlag der amerikanischen Regierung für eine Intensivierung der Anstrengungen aller Beteiligten zur Überwindung der Schwierigkeiten der Hauptschuldnerländer. Grundlage der Baker-Initiative sind die Eigenanstrengungen der betroffenen Schuldnerländer. Ohne die Durchführung weitreichender Reformen auf den Gebieten der Steuer-, Geld- und Wechselkurspolitik können die bestehenden Probleme nicht gelöst werden.

Für Länder, die den Weg von Reform und Anpassung bereits seit längerem und mit Erfolg gegangen sind, ist der Zeitpunkt für die Verwirklichung einer langfristig angelegten, angebots- und marktorientierten Politik zur Förderung des Wachstums gekommen. Ohne derartige Anstrengungen muß mit einem Andauern von Kapitalflucht, weiterem Rückgang der Kapitalzufuhr und anhaltenden Störungen im Schuldendienst gerechnet werden. In einer zweiten Phase kommt den internationalen Finanzinstitutionen eine Schlüsselrolle zu. Der IWF, die Weltbank und multilaterale Entwicklungsbanken werden verstärkt strukturelle und sektorale Anpassungsprogramme in den Entwicklungsländern finanzieren, die sich zur Mitarbeit verpflichtet haben. Dabei geht es zwischen 1986 und 1988 um jährlich 9 Mrd. Dollar Ausleihungen der internationalen Finanzinstitutionen, an denen die Bundesrepublik Deutschland maßgeblich beteiligt ist und deren Kapital erhöht werden muß.

Drittes Element der Baker-Initiative ist der Beitrag der Geschäftsbanken, die in den nächsten drei Jahren 20 Mrd. Dollar an neuem Kapital für die wichtigsten 15 Schuldnerländer zusagen sollen. Dies ist ein Appell an das Eigeninteresse der Banken, die durch die gemeinsame Anstrengung die Chancen der Rückzahlung ihrer Kredite erheblich verbessern. Die Bundesregierung und die Regierungen der übrigen Gläubigerländer unterstützen dieses Programm vor allem durch ihre Mitgliedschaft in den internationalen Finanzinstitutionen und die Bekräftigung einer weltoffenen Handelspolitik. Daneben beteiligen sie sich an Umschuldungen im Pariser

Club und fördern durch den flexiblen Einsatz von Ausfuhrbürgschaften Exporte, die ohne staatliche Absicherung in vielen Fällen nicht möglich gewesen wären.

Die Baker-Initiative ist ein Schritt in die richtige Richtung. In den nächsten Monaten wird es darauf ankommen, auf der Grundlage dieser Initiative die notwendigen Reform- und Anpassungsprogramme einzuleiten. So begrüßenswert die Baker-Initiative ist, eines kann sie nicht: die Märkte der Industrieländer für Produkte der Entwicklungsländer öffnen. Dazu müssen wir aber bereit sein. Es ist das A und O für die Lösung der Verschuldungsprobleme.<sup>27</sup>

**Gehler:**

Noch einmal zurück zur Agrarpolitik: Inwiefern bleibt sie eigentlich *die* innere Herausforderung für die EG?

**Bangemann:**

Ich will es ganz hart und deutlich sagen. Ich halte die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft für falsch. Sie nützt – erstens – den Landwirten nicht. Denn wenn Landwirte sagen, ihre Einkommenssituation habe sich verschlechtert, hat sie die Agrarpolitik in diese Situation gebracht. Deshalb müßten die Landwirte eigentlich mit uns Befürworter einer Reform der Agrarpolitik sein. Sie nützt zweitens den Steuerzahlern nicht. Und drittens, sie nützt unserem Ansehen und der Aufrechterhaltung eines freien Handelssystems in der Welt überhaupt nicht.

Es geht bei dieser Reform, das möchte ich ausdrücklich sagen, nicht darum, die Landwirte im Regen stehen zu lassen; sie haben auf die Politik vertraut. Aber wir müssen die Grundlinien dieser Politik anders gestalten, denn es ist eine Sackgasse. Deshalb müssen wir umkehren.<sup>28</sup>

**Bangemann:**

Um zu einem früheren Diskussionspunkt zurückzukommen: Inwieweit gibt es eine Zukunftsperspektive für eine EG-Steuerharmonisierung? Welche Rolle

27 Bangemann, Marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik im Jahre 1986, S. 23-24.

28 Ebd. (1986), S. 24.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

spielt dabei das Ziel des Binnenmarktes?

### ***Bangemann:***

Am Anfang einer jeden größeren Tat steht die Idee. Realitäten werden fast immer über den „Kopf“ verändert. Das Matterhorn galt beispielsweise lange Zeit als unbesteigbar. Schweizer Bergführer weigerten sich beharrlich, sich dieser steilen, abweisenden Gipfelpyramide auch nur zu nähern. Erst als ein junger Engländer in diesem Berg sein Lebensziel entdeckte und ihn in Gedanken immer wieder bestieg, wurde endlich auch diese alpinistische Herausforderung erfolgreich bestanden. Heute „besuchen“ jährlich viele tausend Gipfelstürmer das einstmals gefürchtete Horn von Zermatt. Kennt man erst einmal den Weg, fürchtet man sich auch vor dem Ziel nicht mehr.<sup>29</sup>

[...] Wer indes die Geschichte dieses Berges genauer kennt, weiß auch um die Tragödie, die sich nach gelungener Erstbesteigung im Abstieg ereignete. Damals konnte sich die zufällig zusammengewürfelte Seilschaft über die Sicherungsmethode nicht verständigen und einige stürzten ab. Zum Ziel des Gemeinsamen Binnenmarktes hat sich ebenfalls eine heterogene Seilschaft auf den Weg gemacht. Eine Seilschaft ist bekanntlich immer nur so schnell wie der Langsamste in der Gruppe. Diesen Lehrsatz gilt es auch in der Politik zu beachten. Als Zeitpunkt für das Erreichen des gemeinsamen Zieles ist der 31.12.1992 vorgesehen. Wir sind bereit, jedes Tempo mitzugehen, um dieses Ziel rechtzeitig zu erreichen. Trotzdem müssen wir Geduld aufbringen, wenn andere nur langsamer vorankommen.

Damit aus dem Gemeinsamen Markt ein wirklicher Binnenmarkt ohne Grenzkontrollen werden kann, müssen die Mitgliedstaaten ihre Verbrauchsabgaben weitgehend harmonisieren. An der Richtigkeit dieses Grundsatzes kann es überhaupt keinen Zweifel geben, auch wenn die Frage berechtigt ist, welche Steuern wie weit anzunähern sind. Der Teufel steckt auch hier im Detail. Beinahe jedes Land der Zwölfer-Gemeinschaft wird in dieser Hinsicht seine ganz speziellen Vorstellungen haben. Bei einiger Anstrengung und der nötigen Bereitschaft zum Kompromiß dürften sich diese

29 Martin Bangemann, Steuerpolitik für die 90er Jahre. Plädoyer für den Ausbau von Steuern und Subventionen, Herford 1988, S. 81, 100-101.

Schwierigkeiten aber überwinden lassen. Entscheidend ist, daß die wettbewerbsverzerrenden Wirkungen im grenzüberschreitenden Verkehr auf ein Minimum begrenzt werden. Wo das Gelände zu steil wird, muß entweder der schwächere Partner besonders gesichert oder eine andere Route gegangen werden. Die Kommission sollte beweglich genug sein, hier zusammen mit Ministerrat und Parlamenten immer den richtigen Mittelweg zu finden. Und wo eine Harmonisierung nicht auf Anhieb gelingt, dürften die Marktkräfte genügend Druck für eine weitere Annäherung der Steuersätze bewirken.<sup>30</sup>

***Gehler:***

Welche Hindernisse stellen sich noch dem Subventionsabbau in der EG entgegen?

***Bangemann:***

Subventionsabbau ist politische Schwerarbeit. Über viele Jahre hinweg sind immer neue Besitzstände entstanden. Es hat sich eine Subventionsmentalität entwickelt, die nur allmählich gebrochen werden kann. Vor allem dürfen die großen Subventionsblöcke nicht politisch tabuisiert werden. Aber auch die Subventionen, die eher strukturfördernd wirken, müssen immer wieder auf den Prüfstand. Die Bewältigung von Strukturanpassungen ist meist weniger eine Frage des Geldes, weitaus wichtiger sind Phantasie, Initiative und Beweglichkeit. Allzu häufig lähmt öffentliches Geld eher, als daß es diese Eigenschaften fördert.

In der Vergangenheit ist die Eigendynamik von Subventionen vielfach unterschätzt worden. Sie haben klein angefangen, auch um die politischen Hemmschwellen zu umgehen, sich später aber zu gewaltigen Subventionsbergen aufgetürmt. Auch das Hauptargument, das zugunsten von Dauersubventionen vorgetragen wird, nämlich die Sicherung von Arbeitsplätzen, hat sich als überaus löchrig erwiesen. Der Staat sitzt letztlich am kürzeren Hebel, wenn er versucht, gegen Marktentwicklungen anzukämpfen. (...)

Vielen wird der Weg der Rückführung der Subventionen zu langsam gehen.

30 Ebd. (1988), S. 100-101.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Auch ich wünschte mir ein zügigeres Tempo. Doch ökonomisch Notwendiges und politisch Machbares müssen Kompromisse eingehen. Subventionsabbau fordert einen langen Atem. Nicht der Sprinter, der nach schnellem Lauf erschöpft auf der Zielgeraden zusammenbricht, ist hier gefragt, sondern der Langstreckenläufer, der Runde um Runde in der Gewißheit zieht, durch Zwischenspurts das Tempo bei Bedarf noch anziehen zu können, wenn andere das Rennen „verbummeln“ wollen. Wir werden uns beim weiteren Subventionsabbau nicht einschläfern lassen. Die Weichen für weitere Fortschritte sind gestellt.<sup>31</sup>

### ***Gehler:***

Wie beurteilen Sie die Frage der Subventionen aus internationaler Perspektive? Kann das Wettbewerbsprinzip auf dieser Ebene noch nationale Besitzstände zulassen?

### ***Bangemann:***

In seinem Bestseller „The Rise and Fall of the Great Powers“ beschreibt Paul Kennedy, wie die Briten im Zuge der „Industriellen Revolution“ zur führenden Wirtschaftsmacht aufgestiegen sind. Mehr als 50 Jahre konnten sie diesen Spitzenplatz nahezu unangefochten verteidigen, ehe an der Jahrhundertwende die Vereinigten Staaten erstmals nach vorne stießen. Daß die britische Industrie ihren technologischen Vorsprung über einen so langen Zeitraum behaupten konnte, lag nicht zuletzt daran, daß sie die Möglichkeiten, die der Weltmarkt bot, beizeiten voll nutzte. Der heimische Markt wäre für einen so rasanten wirtschaftlichen Aufstieg viel zu klein gewesen. Als andere Länder sich noch in merkantilistischer Tradition nach außen hin abschotteten, drängten britische Händler mit ihren Produkten bereits auf die Märkte der Welt und nutzten so die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung. Die Ergebnisse des in dieser Zeit angehäuften Reichtums sind noch heute auf der britischen Insel für jeden sichtbar.

Das britische Beispiel zeigt neben den Chancen aber auch die Risiken einer engen weltwirtschaftlichen Verflechtung. Dem schnellen wirtschaftlichen Aufstieg folgte – verstärkt durch die Auflösung des englischen

31 Ebd. (1988), S. 163-164.

Kolonialreiches und die beiden Weltkriege – ein ebenso tiefer Fall. Internationale Arbeitsteilung hat ihre eigene Dynamik, der sich kein Land entziehen kann. Mit den Gütern und Dienstleistungen wird immer auch technisches Know-how exportiert, das weniger entwickelten Volkswirtschaften die wirtschaftliche Aufholjagd erleichtert. Jeder Konkurrenzvorsprung trägt so bereits den Keim zu seiner „schöpferischen Zerstörung“ in sich. Diese Zeitspanne, in der die Konkurrenz nachwächst und schließlich zum Überholen ansetzt, wird ständig kürzer. Dauerte es früher Wochen, manchmal sogar Monate, bis industrielle Ausrüstungsgüter ihren Bestimmungsort erreichten, so spielen Entfernungen heute praktisch keine Rolle mehr. Nahezu jeder Punkt dieser Welt ist in wenigen Stunden erreichbar. Und da gleichzeitig immer mehr Länder über eine moderne Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sowie eine gut ausgebildete Facharbeiterschaft verfügen, finden technische Neuerungen immer schneller Nachahmer, die damit ebenfalls auf den Weltmarkt drängen.

Konnten die Briten ihren langen industriellen Siegeszug noch im wesentlichen mit zwei Erfindungen, der Dampfmaschine und dem mechanischen Webstuhl, antreten, die beide über Jahrzehnte ihren Innovationswert behielten, so veralten die Produkte heute mitunter in außerordentlich kurzer Zeit. Die Karten werden also ständig neu gemischt. Das führt dazu, daß sich Marktanteile im Welthandel relativ schnell verschieben können. Kein Land kann sich mehr in ökonomischer Sicherheit wiegen.

So sank der Anteil der Vereinigten Staaten am Weltexport von einem Fünftel im Jahre 1950 auf ein Zehntel in 1986. Exportnation Nummer eins ist mit einem Anteil von 11,5 v. H. inzwischen die Bundesrepublik, knapp gefolgt von den Vereinigten Staaten (10,3 v. H.) und Japan (9,9 v. H.). Am Horizont tauchen aber bereits weitere neue Wettbewerber auf, die in den nächsten Jahren sicher noch weiter expandieren werden. So exportieren die „vier kleinen Tiger“ Taiwan, Hongkong, Südkorea, Singapur zusammen schon mehr als die „alten“ Industrieländer Frankreich oder Großbritannien. Und sie haben zudem den Vorteil, noch erfolgshungrig zu sein.<sup>32</sup>

32 Martin Bangemann, Wirtschaftspolitische und gesellschaftliche Herausforderungen, in:

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

### ***Gehler:***

Welchen Einfluss hat der internationale Wettbewerbsdruck auf Europa?

### ***Bangemann:***

Die internationale Arbeitsteilung hat ganz wesentlich zur Wohlstandsmehrung beigetragen. Kaum ein anderes Industrieland zieht aus der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung so viele Vorteile für Wohlstand und Beschäftigung wie die Bundesrepublik. An jedem dritten deutschen Arbeitsplatz wird für den Export gearbeitet. In wichtigen Branchen, wie der chemischen Industrie, dem Maschinenbau oder dem Straßenfahrzeugbau, wird sogar jede zweite Mark jenseits der deutschen Grenzen verdient. Doch selbst diese Zahlen reichen noch nicht aus, um die weltwirtschaftlichen Verflechtungen und den daraus resultierenden Wettbewerbsdruck von außen richtig zu erfassen. Fast jeder deutsche Arbeitsplatz in der Industrie und in Teilen des Dienstleistungsbereiches steht in unmittelbarem Wettbewerb mit ausländischen Konkurrenten; denn für deutsche Produkte gibt es hier bei uns und erst recht auf den Auslandsmärkten auch entsprechende ausländische Konkurrenzprodukte.

Die Wünsche deutscher Konsumenten beispielsweise lassen sich ebenso gut aus spanischer oder britischer Produktion wie aus Betrieben in Deutschland befriedigen, zumal in einem zusammenwachsenden gemeinsamen Binnenmarkt. Selbst im Bereich forschungsintensiver Güter beobachten wir ein immer stärkeres Auseinanderfallen von Forschung einerseits und Produktion andererseits. Geforscht wird etwa in München oder Berkley, produziert wird in Ostasien. Aufgrund dieser tiefgreifenden weltweiten Veränderungen steht heute jeder Produktionsstandort sehr viel stärker auf dem Prüfstand als dies früher jemals der Fall war.

Mit der Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes in der Europäischen Gemeinschaft werden die letzten Barrieren beiseite geräumt, die einem freien Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital sowie der angestrebten Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Selbständige in Europa noch im Wege

Ders. (Hrsg.), Produktionsstandort Bundesrepublik Deutschland auf dem Prüfstand, Herford 1988, S. 11-13.

stehen. Dann werden sich auch bislang geschützte Branchen, wie das Transportgewerbe, aber vermehrt auch Banken und Versicherungen, dem scharfen Wind des internationalen Wettbewerbs stärker ausgesetzt sehen. Die Unternehmen richten sich auf diesen Binnenmarkt mit mehr als 320 Millionen Verbrauchern bereits ein. In den Chefetagen wird zunehmend in europäischen Dimensionen gedacht, während Politiker und Verbände noch allzu stark in den engen Grenzen des Nationalstaates gefangen sind. Das muß sich ändern, wenn wir unsere wirtschaftliche Spitzenstellung weiterhin behaupten wollen. Wo alles in Bewegung ist, kann sich Starres und Unbewegliches auf Dauer nicht behaupten.

Der internationale Wettbewerb liefert uns die Signale, in welche Richtung wir uns anzupassen haben. Lernfähige Gesellschaften werden die Rotlichter nicht einfach übersehen, sondern in geeigneter Weise darauf reagieren. Wer trotzdem wie gewohnt weiterfährt, wird schließlich in unwegsames Gelände kommen und zur Umkehr gezwungen werden. Für beide Verhaltensweisen gibt es historische Vorbilder. Noch sind wir frei, den richtigen Weg zu wählen.

Doch die Zeit drängt. In der Vergangenheit hat es den Deutschen nicht am nötigen Selbstbehauptungswillen gefehlt. Wir wären schlecht beraten, in Zukunftspessimismus zu flüchten. Aber genauso wenig dürfen wir uns in falscher Sicherheit wiegen. Die Zukunft ist offen, doch das erfordert die Bereitschaft zum Wandel und zur Anpassung. Diesen Mut müssen wir heute mehr denn je beweisen, wenn wir die Attraktivität des Produktionsstandortes Bundesrepublik Deutschland in dem Umfang wiederherstellen wollen, daß die Arbeitslosigkeit ein Problem von gestern wird.<sup>33</sup>

***Gehler:***

Anfang des Jahres 1989 wechselten Sie als Mitglied in die EG-Kommission mit Zuständigkeit für den Binnenmarkt. Welche Perspektiven verbinden Sie mit dieser Idee des in naher Zukunft zu realisierenden Binnenmarkts? Inwiefern ist er eine logische Notwendigkeit? Besteht aber nicht auch die Gefahr einer „Festung Europa“? Oder teilen Sie einen Optimismus?

33 Ebd. (1988), S. 13-14.



## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

### ***Bangemann:***

Wir standen vor sechs, sieben Jahren, als diese Idee zum ersten Mal erörtert wurde, in einer Situation, wo die ganze Welt und wir selbst auch – der Ausdruck „Eurosklrose“ stammte ja von einem europäischen Wissenschaftler –, wo wir selbst nicht mehr an uns glaubten und die Welt auch nicht mehr an uns glaubte. Ich erinnere mich an eine Unterredung mit einem Ministerpräsidenten eines südostasiatischen Landes, der ganz lässig und wie selbstverständlich mir erklärte, Europa sei nach wie vor eine interessante Region, aber eigentlich nur für Touristen. Wirtschaftlich hätten wir längst ausgespielt. Wir hätten keine Chance, wir seien überreguliert, wir könnten unsere sozialen Probleme nicht lösen, das Anspruchsdenken würde uns erwürgen usw. Viele Menschen haben das ja in Europa selbst geglaubt, so daß wir in einer Phase waren, in der eine neue Idee, die diese Stagnation überwinden kann, nötig war.

Aber es war nicht nur eine Idee nötig, denn wenn man das einmal wirtschaftlich untersucht, dann stellt man fest, die Konkurrenten, mit denen wir damals und auch heute noch zu tun haben, also die USA, Japan, zunehmend auch diese südostasiatischen Länder, die sogenannten kleinen Tiger, diese Konkurrenten hatten alle das, was man einen „home market“ nennt, d.h. sie konnten bei der Entwicklung eines Produktes, bei seinem Verkauf mit einem Markt rechnen, der groß genug war, die Kosten der Entwicklung relativ, proportional angemessen zu halten, während wir, obwohl wichtige Schritte zur politischen Einigung in der Gemeinschaft schon getan waren, diesen großen Markt EG noch nicht hatten. Zwölf nationale Märkte mit zwölf unterschiedlichen Regulierungen, mit ganz unterschiedlichen Vorschriften bis hin zu den technischen Vorschriften, haben einfach verhindert, daß man, um es an einem ganz schlichten Beispiel zu sagen, einen Rasenmäher entwickeln konnte oder einen Feuerlöscher, der frei in der ganzen Gemeinschaft verkauft werden konnte. Im Grunde genommen hatten wir die Zollunion, das stimmt, aber mancher Wirtschaftler hat eigentlich zu dem Schluß kommen müssen: Ich zahle gern noch einmal 15% Zoll, damit wir wenigstens einheitliche Vorschriften haben und ich mit meinem Produkt überall auftreten kann. D.h. die Grenzen wirklich niederzulegen, die immer noch bestehen, das war bis dahin nicht geglückt. Deswegen ist die Idee, den

Binnenmarkt zu schaffen, nicht nur logisch, sondern es ist die Idee, die für die Vollendung der Europäischen Gemeinschaft notwendig war. Daß diese Idee auch notwendig ist, wenn man den Außenaspekt des Binnenmarktes betrachtet, nämlich daß wir eben nicht die Festung Europa bauen dürfen, darauf will ich nachher noch im einzelnen eingehen.

Man kann aber auch Optimist sein, glaube ich, weil letztlich die Intelligenz der Europäer offenbar immer noch ausreicht, im Wettbewerb mit anderen Gegenden und anderen Menschen dieser Erde zu bestehen. Das liegt ein wenig an unserer Geschichte. Deswegen ist es auch wichtig, daß wir bei der Vollendung dieses Europa an den Grundsätzen einer bundesstaatlichen Ordnung festhalten, weil die Intelligenz, die Innovationskraft, die Imagination von Menschen davon abhängt, daß sie in einer Vielfalt von Kulturen immer wieder gefordert werden, immer wieder sich neu auseinandersetzen müssen mit kulturell Anders- und Fremdartigem, mit kulturellen Anstößen, die sie zunächst gar nicht begreifen. Deswegen ist z.B. die Sprachenvielfalt in Europa nicht etwa ein Hindernis, nicht etwa etwas, das man beseitigen sollte im Interesse oder im Sinne einer einheitlichen Amtssprache. Diese Sprachenvielfalt ist etwas, was zunächst den Menschen als störendes Ärgernis entgegentritt, was aber einen kulturellen Anstoß bedeutet, den andere einheitliche Länder so nicht haben. Und deswegen glaube ich, daß wir intelligent genug sind, um diese neue Herausforderung Binnenmarkt zu bestehen.<sup>34</sup>

***Gehler:***

Ist das Binnenmarkt-Projekt nur etwas für die alteingesessenen EG-Länder und die großen Mitgliedstaaten? Welche Wirkung kann er für Gesamteuropa entfalten?

***Bangemann:***

Das gilt nicht nur für die großen Mitgliedsländer, sondern für alle. Wir haben z.B. zum Erstaunen vieler feststellen können – und wir waren darüber sehr

34 Martin Bangemann, Auf dem Weg zum EG-Binnenmarkt 1992, Vortrag vor dem Europa-Institut der Universität des Saarlandes am 27. Oktober 1989, Europa-Institut Universität des Saarlandes, Saarbrücken 1989, S. 5-7.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

froh – daß in den letzten zwei Jahren Spanien und Portugal – zwei neue Mitglieder, zwei Mitgliedsländer, die auch wirtschaftlich nicht so entwickelt waren und immer noch nicht so sind wie der Durchschnitt der Gemeinschaft –, daß diese zwei Länder in ihrem Wirtschaftswachstum weit über dem Durchschnitt der Gemeinschaft lagen. Und das ist immerhin ein ermutigendes Zeichen dafür, daß diese größere Einheit nicht einseitig die großen, alten Mitgliedsländer begünstigt, sondern daß auch neue kleinere Mitgliedsländer ihre Chance haben. Wie Sie mit Recht gesagt haben, ist diese EG, die Idee der europäischen Einigung, zu einer attraktiven Idee für die weitere Entwicklung Gesamteuropas geworden. Das lag nicht an uns allein. Übrigens kann man am Beispiel der Entwicklung der osteuropäischen Länder sehen, daß ganz offenbar immer noch in der Geschichte nicht allein die Verhältnisse, nicht allein die Entwicklung von Problemen oder neuen technischen Lösungen Dinge voranbringen können, sondern daß auch einzelne Menschen das vermögen. Das sollte eigentlich auch eher optimistisch stimmen. So wie man durch einen einzelnen Menschen in eine geschichtliche Sackgasse geraten kann – und wir kennen das ja wie andere Völker auch –, so kann man auch durch einzelne Menschen einen geschichtlichen Fortschritt beschleunigen, der vielleicht auch ohne sie eintreten würde, vielleicht aber auch nicht. Und insofern ist diese Keimzelle eines freien Europa, die sich hier in der EG entwickelt hat, nicht nur attraktiv, sondern auch nützlich für die Entwicklung anderer Länder.<sup>35</sup>

### ***Gehler:***

Welche Motive sind mit dem Binnenmarkt-Projekt verbunden und sind diese dem Bürger noch entsprechend zu vermitteln angesichts des bestehenden Nationalstaatsprinzips und fortlebenden Souveränitätsdenkens? Wie stehen Sie zum Mehrheitsprinzip?

### ***Bangemann:***

Wichtig ist auch, daß wir deutlich machen, daß die Zeit des Nationalstaats und seiner Souveränität und seiner Souveränitätssymbole vorbei ist. Diese

35 Ebd. (1989), S. 7-8.

Europäische Gemeinschaft beruht in ihrer bundesstaatlichen Ordnung noch auf der Idee von Teilstaaten. Die Idee des Nationalstaates mit unbegrenzter Souveränität ist eine Idee, die man mit der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr verbinden kann und die übrigens auch die Bürger gar nicht mehr verbunden sehen wollen. Deswegen machen ja viele Bürger gerade ihr Urteil darüber, ob der Binnenmarkt letztlich erreicht wird, davon abhängig, ob die Grenzbäume verschwinden. Das mag manchem als ein etwas vordergründiges Denken erscheinen. Für mich hat das viel Symbolhaftes, und ich bin gegen Symbole. Ich finde sogar, in einer Demokratie erfüllen Symbole einen besonderen Zweck. Man kann nicht ständig lange Vorträge halten, und Menschen hören sich auch nicht lange an, was die Politiker ihnen erklären. In einem Symbol wird oft etwas deutlich, was ein Mensch versteht, der sich nicht intensiv mit Politik beschäftigt. Symbole sind etwas zutiefst Demokratisches. Und solche Schlagbäume, die da fallen werden, die zeigen den Menschen, daß wir in einem Europa leben, das diese nationalen Souveränitätsrechte überwunden hat. Deswegen ist die Beseitigung dieser Grenzen so wichtig. Wir werden sicherlich politisch eher an der Erreichung dieses Zieles gemessen als an der Zahl der Verordnungen und Richtlinien, die wir erlassen haben bis 1992. Deswegen darf es keinen Zweifel an der Beseitigung dieser Grenzen geben. An den physischen Grenzkontrollen. Daß die Grenzen als Markierungslinie, als Markierung eines gewissen Hoheitsgebietes, auf dem man Hoheitsrechte ausübt, bestehen bleiben, weiß jeder. Aber die physischen Kontrollen der Bürger beim Überschreiten dieser fiktiven, in Karten festgehaltenen Grenzen darf es nicht mehr geben.

Wir haben zweitens schon heute etwas erreicht, was sich bis 1992 verstärken wird und was bis zum Jahr 2000 zu dem Zustand führen wird, der in jeder Demokratie normal ist, nämlich mit Mehrheiten zu entscheiden. Das wird immer wieder übersehen. So sehr der Binnenmarkt wirtschaftlich eine Erfolgs-Story ist, so ist er doch politisch viel erfolgreicher geworden, weil wir zum ersten Mal das tun, was die Römischen Verträge sich eigentlich vorgenommen hatten, nämlich Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat zu treffen. Ich denke, daß allein schon die Fähigkeit, auch einmal in der Minderheit zu sein, die gewachsene Solidarität der Europäer zeigt. Das bedeutet aber, daß die Mitgliedstaaten heute kompromißbereiter geworden sind. Sie fechten nicht

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

mehr so bedingungslos für ihre nationalen Interessen wie zu den Zeiten, als einstimmige Entscheidungen möglich waren. Und wer den politischen Mechanismus in einer Demokratie kennt, der weiß, daß das notwendig ist. Wenn ich in Europa einstimmige Entscheidungen fällen muß, dann liegt bei dem, der zu Hause mit dieser Entscheidung größere politische Schwierigkeiten hat, eine ungeheure Verantwortung. Er muß sagen: Jawohl, ich stimme dem zu. Dann kommt er nach Hause und wird verprügelt, weil die Leute sagen: Wie konnten Sie dem zustimmen! Wenn er aber in einer Mehrheitsabstimmung abstimmt, dann kann er dagegen stimmen. Wenn er in der Minderheit ist, macht das gar nichts aus. Er kommt nach Hause und sagt: Ich habe gekämpft wie ein Löwe, aber diese Idioten sind mir leider nicht gefolgt. Und das macht das Leben in einer solchen Gemeinschaft einfacher. Wir brauchen, wenn wir eine bundesstaatliche Ordnung haben wollen, eine geschützte Garantie, daß Minderheiten nicht überstimmt werden können. Wir brauchen aber auch die Garantie, daß Mehrheiten den Fortschritt bestimmen können. Wenn das nicht möglich ist, dann stagniert das Ganze, und dann verliert es auch an Attraktivität bei den Bürgern. Das gilt übrigens auch dann, wenn ein Bürger einmal mit einer Entscheidung nicht einverstanden ist. Ich bin auch als Bürger mit vielen Entscheidungen nicht einverstanden, die getroffen werden. Aber ich kann mich ja immer noch auf die Position zurückziehen – und das ist jedem in einer Demokratie nicht nur erlaubt, sondern das ist sogar eine Art Verpflichtung –, daß ich dann eben dafür kämpfe, daß meine Minderheitsmeinung einmal eine Mehrheitsmeinung wird. Aber inzwischen muß ich eben die Mehrheitsmeinung gelten lassen, denn sonst geht es nicht weiter.<sup>36</sup>

### ***Gehler:***

Was sagen Sie zur angeblich überbordenden Brüsseler Bürokratie, z.B. zu Normierungen und technischen Spezifizierungen von Vorschriften? Ich nehme hierbei Bezug auf Ihren Vortrag an der Universität des Saarlandes vom 27. Oktober 1989.

36 Ebd. (1989), S. 12-14.

***Bangemann:***

Wir haben die technische Spezifizierung solcher Vorschriften auch den privaten Normungsorganisationen überlassen. Wir haben allerdings europäische Normenorganisationen gegründet, sowie es ein DIN-Institut gibt, mit nichtstaatlichen, sondern privaten Normen. So gibt es heute drei europäische Normungsorganisationen, CEN,<sup>37</sup> CENELEC<sup>38</sup> und ETSI<sup>39</sup> für alle Produkte. Diese Organisationen entwickeln zunehmend europäische Standards. Das ist auch eine erheblich positive Entwicklung für Verbraucher und für den Markt. Alle Mitgliedstaaten haben sich an diese Maßnahmen inzwischen gewöhnt, aber sie sind zu wenig bekannt. Immer noch sagen die Leute bei Diskussionen: Also Sie da in Brüssel mit Ihrer Bürokratenhorde. Wir haben 14.000 Beamte und Angestellte, aber die Hälfte davon sind entweder Übersetzer, Dolmetscher oder im technischen Dienst. D.h. wir arbeiten etwa mit 7.000 bis 8.000 Beamten, die alle diese Aufgaben hier erledigen müssen, auch noch mit acht verschiedenen Amtssprachen. Das sind erstklassige Leute. Die Zahl ist wirklich nicht so erschreckend. Ich weiß nicht, wieviele Beamte das Saarland hat, aber vermutlich auch etwa gleich viele, vielleicht noch ein paar mehr. Daran sehen Sie, daß wir nicht bürokratisch sind. Die Beamten des Saarlandes sind ja auch nicht bürokratisch.

Dieses Prinzip der gegenseitigen Anerkennung hat also dazu geführt, daß unsere Gesetzgebung beschleunigt werden konnte und daß wir keine Vielzahl bürokratischer Vorschriften mehr erlassen müssen. Wir müssen natürlich Vertragsverstößen nachgehen, d.h. wenn ein Mitgliedsland durch Vorschriften versucht, den freien Verkehr zu beeinträchtigen – und da gibt es viele, auch die Bundesrepublik hat viele solcher Vorschriften, die manchmal mit ganz hehren Zwecken verbunden werden –, müssen wir natürlich dagegen

37 Comité Européen de Normalisation/European Committee for Standardization: Europäisches Komitee für Normung

38 Comité Européen de Normalisation Électrotechnique/European Committee for Electrotechnical Standardization: Europäisches Komitee für elektrotechnische Normung

39 European Telecommunications Standards Institute (Vorläufer Conférence Européenne des Administrations des Postes et des Télécommunications): Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

vorgehen, und das tun wir immer. Leider gibt es heute immer noch eine ganze Reihe von Vertragsverstößen. Wir hatten bis heute 1.400 Fälle zu prüfen. Das zeigt, daß sich das Bewußtsein der Mitgliedsländer für die Gemeinschaft noch entwickeln kann. Wir gehen dabei nicht so vor, daß wir dem Grundsatz huldigen: fiat iustitia, pereat mundus.<sup>40</sup> Wir werden natürlich immer versuchen, eine Lösung zu finden. Neulich führten wir einen Prozeß vor dem EuGH wegen der dänischen Brücke über den Belt. Die dänischen Behörden haben die Brücke mit der Bestimmung ausgeschrieben, daß möglichst viele dänische Arbeitnehmer und dänische Baustoffe zu verwenden sind. Dies stellt eine Diskriminierung dar und kann nicht zugelassen werden. Wir haben die dänische Regierung gezwungen, das zuzugestehen und sich zu verpflichten, solche Verstöße zu unterlassen und den an der Ausschreibung Beteiligten den Schaden zu ersetzen. Dies stellte einen akzeptablen Kompromiß dar. Wir haben nicht darauf bestanden, daß neu ausgeschrieben wird. Hätten wir darauf bestanden, wäre das Projekt um ein Jahr verschoben worden. Dadurch wäre natürlich ein Schaden entstanden, der im Verhältnis zur Diskriminierung nicht mehr zu tolerieren gewesen wäre. Aber es ist deutlich geworden, daß wir in solchen Fällen gegen Diskriminierungen vorgehen.<sup>41</sup>

### ***Gehler:***

Welche Aufgaben stehen mit Blick auf den anvisierten Binnenmarkt noch bevor? Anders gefragt: Wo drückt der Schuh in Brüssel am stärksten?

### ***Bangemann:***

Wir wollen und müssen uns auch mit den größten Sorgenkindern befassen. Die Steuerharmonisierung haben Sie schon genannt.

Die Personenkontrollen habe ich bereits erwähnt. Natürlich ist es richtig, daß heute bei den Kontrollen an den Binnengrenzen der eine oder andere Gesetzesbrecher gefaßt wird. Aber es ist ein naiver Glaube anzunehmen, daß, wenn diese Grenzkontrollen intern wegfallen, z.B. der Drogenhandel bei uns blüht. Wir können solche Kriminalitätsformen, also Drogenhandel, Bandenkriminalität, Terrorismus sehr gut bekämpfen ohne physische

40 „Es soll Gerechtigkeit geschehen, und gehe auch die Welt daran zugrunde!“

41 Bangemann, Auf dem Weg zum EG-Binnenmarkt (1989), S. 16-17.

Kontrollen an den Binnengrenzen. Wir haben vorgeschlagen, die Kontrollen an den Außengrenzen zu verstärken. Dies ist beispielsweise im Fall der Drogen viel wichtiger als Kontrollen an den Binnengrenzen – ein Großteil der Drogen kommt ja von außerhalb in die Gemeinschaft –, um die Zusammenarbeit der Polizei der verschiedenen Mitgliedsländer besser zu organisieren, um Informationen auszutauschen usw. Wenn Sie über die Grenze fahren, stellen sie ja heute schon fest, daß dank der Erleichterung, die wir dort eingeführt haben, schon gar nicht mehr so häufig kontrolliert wird wie früher. Dennoch ist die Kriminalität aufgrund dieser verringerten Kontrollen nicht angestiegen. Wenn sie angestiegen ist, dann hat das andere Gründe.

Das zweite Sorgenkind ist die Steuerharmonisierung. Wir haben als Kommission dem Rat zweimal einen Vorschlag unterbreitet. Der Rat ist auf diesen Vorschlag nicht eingegangen, weil er ihm einmal zu kompliziert und zum anderen wohl politisch zu weitreichend erschien. Er arbeitet jetzt an einem Vorschlag, der eine pragmatische Zwischenlösung sein kann. Der Rat will für den kommerziellen Handel das Bestimmungslandprinzip einführen. Alles, was also ausgeführt wird, ist im Lande der Ausfuhr zu besteuern. Für den privaten Handel ist an der Besteuerung im Ursprungsland festzuhalten. Wer also als Verbraucher nach Luxemburg geht und sich dort Zigaretten oder Benzin kauft, der kann dort in Luxemburg mit dem Preis die Mehrwertsteuer entrichten, die in Luxemburg festgesetzt wird – als Privater ist die Menge natürlich nicht begrenzt, er darf sie nur nicht zum kommerziellen Handel verwenden, das wäre dann natürlich wieder eine Verletzung von Steuervorschriften. Ob das letztlich so geht oder nicht, das werden wir noch in den Beratungen mit dem Rat festzustellen haben. Wir wollen jedenfalls folgende drei Grundsätze auf jeden Fall gewahrt wissen: Gleich welche Steuerregelung man hat, sie darf nicht die Notwendigkeit zu Kontrollen an den Binnengrenzen wiedereinführen. Es wäre natürlich abenteuerlich, wenn wir die Binnengrenzen abschaffen, alles tun, um dies polizeilich zu ermöglichen, und plötzlich müssen wir dann – wegen dieser Steuerharmonisierung – dort wieder Kontrollen durchführen. Das darf nicht sein. Zweitens: Sie darf nicht zu einer unnötigen Bürokratie und damit zu Kosten für die Firmen führen, und drittens müssen wir die Handelsverschiebungen in engen Grenzen halten.



## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Natürlich wird es Handelsverschiebungen geben, insbesondere im Grenzverkehr. Aber das ist nicht so schlecht, denn dadurch entsteht der Druck, eine endgültige Regelung zu finden. Das ist der augenblickliche Stand der Diskussion. Ich hoffe, daß Sie mir erlauben, es dabei im Moment zu belassen. Natürlich ist diese Binnenmarktidee damit nicht erschöpft, aber ich kann jetzt nur noch ganz grob umreißen, was noch dazu gehört.

Dazu gehört ein Rechtsrahmen, den wir nur in Ansätzen haben. Wir haben jetzt die EWIV, die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung. EWIV ist eine etwas seltsame Abkürzung, für die ich auch nichts kann, aber es ist eine sehr nützliche Rechtsform für gelegentliche Zusammenarbeit von im übrigen selbständig bleibenden Rechtspersonen. Das reicht natürlich nicht aus. Deswegen arbeiten wir an einer europäischen Aktiengesellschaft. Ich habe einen neuen Vorschlag eingebracht, der wesentlich flexibler ist, als der alte, der vor allen Dingen eine Option ist, d.h. er ersetzt nicht alle nationalen Aktienrechte, sondern tritt zusätzlich zu den nationalen Formen hinzu. Wir brauchen diese neue Form, denn wir werden mehr und mehr Unternehmenszusammenschlüsse im Binnenmarkt haben. Das sollte niemanden erschrecken. Ich weiß, in der Bundesrepublik zucken da immer einige Leute zusammen, besonders in Berlin. Aber es geht nicht anders. Selbst wenn man den klassischen Wettbewerbsgedanken aufrechterhält, den ich im Kern für richtig halte, muß man doch zugeben, daß der Markt, der sogenannte relevante Markt, der ja auch im Kartellrecht eine Rolle spielt, mit der Schaffung des Binnenmarktes, größer wird. Wir erwarten einen Markt mit 320 Millionen Verbrauchern. Das ist natürlich eine ganz andere Ausgangslage für Wettbewerb. Daher müssen auch Unternehmensgrößen anders aussehen, ganz zu schweigen davon, daß wir in bestimmten Bereichen schon gar nicht mehr europäische Märkte haben. Der relevante Markt für zivile Flugzeuge ist ein Weltmarkt. Deswegen war es auch vollkommen abenteuerlich, daß die Leute in der Bundesrepublik sich immer so aufgeregt haben darüber, daß Daimler Benz bei MBB<sup>42</sup> eingestiegen ist. Wenn wir mit zivilen Flugzeugen gegen McDonnell und Boeing bestehen wollen, brauchen wir mehr als

42 Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) zählte zu den größten deutschen Luft- und Raumfahrt- sowie Rüstungskonzernen.

mittelständische Unternehmen. Es gibt Märkte, auf denen Sie große Unternehmen brauchen, damit Wettbewerb herrscht, damit auch mittelständische Unternehmen in Europa beteiligt werden. Diese bekommen zwar von Daimler Benz einen Unterauftrag, aber nicht, oder nicht so leicht, von Boeing. Deswegen muß man manche Diskussion auf ihren Sinn bei veränderten Sachverhalten prüfen. In der Bundesrepublik werden manche Diskussionen so geführt, als ob die Welt noch aussehen würde wie 1958. Dies ist aber nicht der Fall. Das alles müssen wir schaffen, um auf diese Weise dafür zu sorgen, daß diese Gemeinschaft tatsächlich mit diesem Binnenmarkt leben kann.<sup>43</sup>

***Gehler:***

Inwiefern ist man in Brüssel, Luxemburg und Straßburg dem Anliegen schon näher gekommen, eines Tages eine politische Union zu sein? Kann man hier Zuversicht obwalten lassen?

***Bangemann:***

Wir haben in dieser Gemeinschaft, um die uns inzwischen schon viele Menschen in der Welt beneiden, trotz mancher Widerstände, trotz mancher Anfechtungen und oft leichtfertiger Kritik ein Stück politische Wirklichkeit geschaffen. Daß inzwischen diese Arbeit mehr anerkannt wird, ist nicht nur ein Ausgleich für diejenigen, die sie gemacht haben, sondern es ist eine Hoffnung für das Gelingen dieser Arbeit. Und ich hoffe, Sie beteiligen sich dabei, nicht in einem blinden Hurra-Optimismus, aber doch mit der nötigen Zuversicht, die man braucht, wenn man etwas erreichen möchte. Wenn man an etwas nicht glaubt, dann kann man es gleich bleiben lassen. Ich habe noch nie einen Menschen erlebt, der aus einem völligen Unglauben heraus etwas erreicht hat. Das ist nicht möglich. Man braucht eine gewisse Zuversicht, um dieses Werk hier zu vollenden, aber wir haben nun schon eine Menge erreicht. Sie fangen nicht mehr beim Nullpunkt an, aber auch Sie müssen arbeiten. Die europäische Union ist keine Taube, die Ihnen gebraten in den Schoß fällt. Auch von Ihrer Arbeit wird abhängen, wie letztlich dieses Europa aussieht. Man soll nicht zu überheblich und zu stolz sein auf das, was man erreicht hat,

43 Bangemann, Auf dem Weg zum EG-Binnenmarkt (1989), S. 17-20.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

aber eines, glaube ich, kann man sagen: Die Generation der Menschen, die nach 1945 in allen Ländern begonnen hat, politisch zu arbeiten, hat aus dieser fürchterlichen Erfahrung wenigstens teilweise gelernt. Und wir haben doch schon einen Zustand erreicht – ich glaube, das darf man sagen –, in dem es nicht mehr ganz undenkbar zu sein scheint, den Krieg aus dieser Welt zu verbannen. Das ist nicht mehr ganz undenkbar. Soweit gekommen zu sein, ist immerhin schon ein ganz schöner Erfolg. Ob es tatsächlich zu schaffen ist, wird dann von Ihnen abhängen.<sup>44</sup>

### ***Gehler:***

Was kann und wird man in Brüssel tun, um den 1. Januar 1993 mit dem Inkrafttreten des Binnenmarktes vorzubereiten? Ich denke vor allem an strukturschwache Regionen in Kernländern Europas, wenn wir auf das Ende des Kohlebergbaus im Ruhrgebiet oder im Saarland blicken. Welche Rolle spielt dabei die Regionalpolitik? Und welche die Europäische Investitionsbank?

### ***Bangemann:***

Die europäische Regionalpolitik ist im wesentlichen neu strukturiert worden. Auch wurde sie mit neuen Finanzmitteln ausgestattet. Die Strukturfonds sind im Zusammenhang mit den Binnenmarktbeschlüssen verdoppelt worden. Bei der Förderung strukturschwacher Gebiete allerdings haben wir uns auf die Gebiete der Gemeinschaft konzentriert, die sich in besonderer Weise vom Durchschnitt entfernt haben. Im wesentlichen fließen die Mittel des Strukturfonds heute nach Schottland und nach Irland, einen kleinen Teil erhalten Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland und Süditalien. Die von Ihnen genannten Regionen, die unbestreitbar auch Probleme haben, liegen über dem Durchschnitt der vorgenannten Regionen. Sie haben folglich aus den Strukturfonds nicht viel zu erwarten. Wir haben allerdings Sonderprogramme geschaffen. Natürlich erlauben wir auch – in einem gewissen Umfang, den wir festlegen – nationale Regionalpolitiken. Eine Regionalhilfe setzt natürlich auch voraus, daß die betroffenen Regionen ihre Strukturschwäche auch selbst aufarbeiten wollen. Ich will dazu an dieser Stelle nicht mehr sagen, denn ich

44 Ebd. (1989), S. 22-23.

bin zu einer gewissen Neutralität verpflichtet. Natürlich gibt es auch eine Zukunft für Stahl und Kohle, aber diese Zukunft muß eingebettet sein in ein industriepolitisches Konzept, das sich nicht ausschließlich auf diese Bereiche konzentrieren kann. Nun, wir handeln hier auch nach dem Grundsatz der Subsidiarität, d.h. was wir machen können, das werden wir machen. Wir haben vor kurzem unter meiner Federführung alle Kommissare versammelt und eine gemeinsame EntschlieÙung ausgearbeitet, die wir demnächst dem Ministerrat vorlegen werden. Sie betrifft die Schaffung eines sogenannten „Nervensystems“ des Binnenmarktes. Was bedeutet dieser Begriff? Wir brauchen diesen Rechtsrahmen, den ich kurz erwähnt habe, ebenso wie eine Infrastruktur, die auf den Binnenmarkt zugeschnitten ist. Die heute existierende Infrastruktur ist aus nationalen Zusammenhängen erwachsen. Auch die TGV-Linien, die wir bis heute haben, sind ja in Deutschland wie in Frankreich nationale Linien gewesen. Hier, im Transportsektor, brauchen wir jetzt eine europäische Überlegung. Das gleiche gilt für den Energiesektor, die Telekommunikation und den Bereich Bildung. Die haben wir nun ausdrücklich als vierten Bereich mitaufgenommen. Neben diesem europäischen Netz müssen wir insbesondere auch neue Finanzierungsarten entwickeln, wozu wir viel Phantasie benötigen, denn auf die Finanzminister ist insoweit wenig VerlaÙ: Teilweise haben sie kein Geld, teilweise wollen sie kein Geld ausgeben. Selbst wenn sie Geld haben, tun sie meist so, als ob sie bettelarm seien. Das Hoffen auf Finanzminister ist also wenig sinnvoll. Wir können allerdings erreichen, daß bisher in der Agrarpolitik frei werdende Gelder in die Infrastruktur fließen. Schließlich sinkt der Anteil der Agrarpolitik. Bisher fließen die frei werdenden Mittel zurück an die Mitgliedsländer. Ich persönlich halte das für falsch. Der Gemeinschaftshaushalt ist gemessen am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft so klein, daß man den Mitgliedsländern das Geld nicht notwendig zurückzahlen muß. Diese Mittel könnten wir für den Ausbau des erwähnten „Nervensystems“ der Gemeinschaft als Initialzündung einsetzen. Daneben steht uns die Europäische Investitionsbank zur Verfügung, ebenso besondere private Finanzierungsarten für das eine oder andere. Damit wird dieses „Nervensystem“ realisierbar. Dann wird das wahr, was Sie angedeutet haben. Die Saar-Lor-Lux-Region rückt näher an das Zentrum Europas. Ob man diese Region dann als Herz

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Europas bezeichnen kann, bleibt offen. Vielleicht ist das auch ein etwas großes Wort in diesem Zusammenhang. Jedenfalls liegt diese Region zentral, und in Zukunft muß sie dadurch eigentlich alle Vorteile einer solchen Position haben und nutzen.<sup>45</sup>

### ***Gehler:***

Eine andere Frage: Wie soll das äußere Erscheinungsbild der EU eines Tages ausgestaltet sein bezüglich neuer Mitglieder besonders hinsichtlich Sicherheits- und Wertefragen?

### ***Bangemann:***

Zunächst einige Worte zum Zeitablauf der Entwicklung: Jeder hat akzeptiert, daß wir bis Ende 1992 keine Beitrittsverhandlungen führen können, weil wir unsere ganze Energie auf die Realisierung des Binnenmarktes konzentrieren wollen. Das heißt, daß bis dahin über Beitrittsgesuche sowieso nicht verhandelt wird.

Die Verhandlungen mit Spanien und Portugal haben sich über 7 oder 8 Jahre hingezogen. Ich sehe durchaus, daß, wenn wir erst nach 1992 über Beitrittsanträge verhandeln, endgültige Entscheidungen erst im Jahre 2000 zu erwarten sind. Das ist eine durchaus realistische Zeitspanne, wenn man eine politische Union schaffen will. Nach 1992 haben wir 8 Jahre Zeit, um eine Art „Europäische Verfassung“ zu erarbeiten und dann gemeinsam anzunehmen. In dieser Verfassung werden auch kulturelle Werte definiert, die uns gemeinsam sind. Ich persönlich übrigens glaube nicht, daß es gut wäre, die EG als Gemeinschaft nur von christlichen Staaten zu betrachten. Diese Beschreibung trifft schon für die heutige Bundesrepublik und andere Länder nicht mehr zu. Eine bestimmte religiöse Ausprägung würde ich durchaus mannigfaltig zulassen, wenn sie bestimmte, der Religion zugrundeliegende menschliche Grundwerte verwirklicht. Ich könnte eine Religion in Europa nicht akzeptieren, deren Werte beispielsweise fundamentale Menschenrechte mißachten. Das ginge sicher nicht. Das kann man vom Islam jedoch wirklich nicht sagen. Man darf nicht das, was die Fundamentalisten heute aus dem Islam gemacht haben, für das richtige Bild mohammedanischen Glaubens

45 Ebd. (1989), S. 25-27.

halten. Die mohammedanische Glaubenslehre ist sehr viel toleranter. Auf diesem Gebiet stehen uns schwierige Diskussionen bevor. Übrigens auch für uns Europäer erhellende Diskussionen. Dasselbe gilt von der Neutralität. Die Konzeption der Neutralität ist zunächst einmal verbunden mit dem traditionellen Gedanken des Krieges, sowohl in seiner Auswirkung, als auch in seiner moralischen und politischen Rechtfertigung. Neutralität ist sozusagen das Gegenbild davon, den Krieg für die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu erklären. Diese Vorstellung entspricht heute nicht mehr dem Bild des Krieges, weder technologisch noch im Bewußtsein der Menschen. Also verliert das Konzept Neutralität auch seine Bedeutung mit diesem Wandel der Betrachtung des Krieges. Es könnte möglicherweise sein, daß wir bis zum Jahre 2000 – sowohl was die Konzeption der Neutralität angeht, als auch was unsere eigene Sicherheitspolitik betrifft – zu ganz anderen Lösungen kommen. Das ist genau das, was ich vorhin gesagt habe. Wir sollten uns nicht in eine falsche Alternative drängen lassen, die scheinbar von den Zeitgegebenheiten gefördert wird.<sup>46</sup>

***Gehler:***

Wird es nach Schaffung des Binnenmarkts für außereuropäische Investoren schwieriger? Kann dadurch so etwas entstehen wie eine „Festung Europa“? Wir sprachen ja vorher schon kurz darüber.

***Bangemann:***

Ich bedanke mich, daß Sie diese Frage noch aufgeworfen haben, denn ich habe versprochen, darauf noch einzugehen. Ich bin aber aus Zeitgründen über diesen Teil hinweggegangen. Ich möchte das aber jetzt gern nachholen. Was heißt „Festung Europa“, und was müssen wir vermeiden? Zunächst müssen wir vermeiden, daß wir im Handel protektionistisch werden. Das ist schon in unserem eigenen Interesse ein Gebot, dem wir nicht ausweichen dürfen, denn die Europäische Gemeinschaft ist mehr als jeder andere große Handelspartner, auch mehr als Japan, in die Weltwirtschaft integriert. Ein Großteil der Wachstumsimpulse in den letzten Jahren stammt übrigens vom Welthandel. Der Welthandel ist in den letzten zwei Jahren doppelt so schnell gewachsen

46 Ebd. (1989), S. 29-30.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

wie die Industrieproduktion. Wir haben von diesem Welthandel alle profitiert. Welthandel bedeutet Entwicklungspolitik, das wird immer wieder vergessen in diesem Zusammenhang. Sie können alle Gelder, die heute für die klassischen Entwicklungspolitik ausgegeben werden, sehr häufig übrigens völlig ohne jeden vernünftigen Erfolg, einsparen, wenn Sie die Mengenbeschränkungen und die anderen Beschränkungen fallen lassen, die die Industrieländer heute noch gegenüber Entwicklungsländern haben. Da liegt das eigentliche Problem des Freihandels. Deswegen sind die Entwicklungsländer in der Uruguay-Runde zu Recht so darauf bedacht, daß wir z.B. Konzepte der Agrarpolitik überdenken. Es ist einfach nicht in Ordnung, daß Industrieländer wie die Bundesrepublik im Bereich der Agrarproduktion eine Eigenversorgung anstreben und dies noch unter Begründungen vortragen, die heute gar nicht mehr zutreffen. Das ist keine Frage der Autarkie, die man unbedingt erreichen muß, sondern eine Frage der internationalen Zusammenarbeit. Daß es Entwicklungsländer gibt, deren Landwirtschaft nicht floriert, weil sie keine Chance auf dem Weltmarkt haben, weil wir unsere Überschußprodukte dort zu lächerlichen Preisen absetzen, und auf diese Weise dort dann auch eine eigene Landwirtschaft für die eigenen Bedürfnisse nicht realisierbar ist, das ist doch wirklich ein Skandal. Das darf man nicht zulassen.

Also müssen wir, dürfen wir nicht protektionistisch denken. Wir haben z.B. ein Handelsabkommen mit Ungarn und Polen vorgeschlagen, das die wesentlichen Beschränkungen, die wir heute noch haben, abschafft. Ich meine, heute kann man ja unter dem Stichwort Ungarn und Polen fast alles erreichen, was für die Solidarität der Europäer diesen beiden Ländern gegenüber spricht. Jetzt möchte ich wirklich wissen, was die Position der Bundesregierung und anderer Regierungen ist, wenn wir sagen, daß es keine Beschränkungen mehr im Bereich von Möbeln gibt. Wir können aus Ungarn Lebensmittel frei einführen. Es ist erstaunlich, daß diese Länder, beispielsweise Polen, eine Landwirtschaft haben, die ihren eigenen Bedürfnissen nicht entspricht, sogar noch konkurrenzfähig Lebensmittel ausführen können. Eine andere Schlüsselfrage: Automobile. Wir haben nationale Quoten in Spanien, Italien, Frankreich und Großbritannien. Wir

werden sie nicht durch eine europäische Quote ersetzen.<sup>47</sup>

**Gehler:**

Wir haben schon über Fragen des Wettbewerbs gesprochen. Welchen Stellenwert messen Sie ihm im Zeichen der Wirtschaft des Binnenmarkts bei?

**Bangemann:**

Über die Segnungen von Wettbewerb und Marktwirtschaft läßt sich leicht philosophieren. Bei der konkreten Umsetzung wird es dann schon wesentlich schwieriger. Märkte verlangen von allen Beteiligten die Bereitschaft, den Wettbewerb und dessen Ergebnisse zu akzeptieren. Die europäischen Unternehmen müssen in einer sich rasch verändernden Umwelt ihre Wettbewerbsfähigkeit ständig neu beweisen. Betriebe, die nicht mehr rentabel sind oder Produkte herstellen, für die es keine Käufer gibt, müssen schließen. Arbeitskräfte verlieren ihren Arbeitsplatz und müssen sich eine neue Beschäftigung suchen. Dieser unvermeidliche Zwang zur Strukturanpassung wächst mit der internationalen Verflechtung. In solchen Situationen wird schnell der Ruf nach der schützenden Hand des Staates laut. Die nationalen Regierungen geraten unter innenpolitischen Druck, durch Subventionen oder Einfuhrbeschränkungen den Wettbewerbsdruck zu mindern. Im Binnenmarkt wird dies jedoch nicht mehr so leicht möglich sein, denn die grenzüberschreitende Freizügigkeit von Gütern und Dienstleistungen verlangt eine strikte Kontrolle der Beihilfen, und die nationalen Einfuhrbeschränkungen lassen sich durch den Wegfall der Grenzkontrollen faktisch nicht mehr aufrechterhalten. Ohne die Bereitschaft zum fairen Interessenausgleich könnte daraus schnell ein explosives Gemisch entstehen. Wenn der Binnenmarkt im nächsten Jahr vollendet wird, dann nur deshalb, weil gleichzeitig auch die Strukturhilfen für die ärmeren Mitgliedstaaten verdoppelt wurden. Marktöffnung gegen Strukturanpassung lautet der historische Kompromiß, und nach diesem Muster werden wir in der EG noch viele Kompromisse machen müssen, wenn wir die hochgesteckten Integrationsziele erreichen wollen.<sup>48</sup>

47 Ebd. (1989), S. 32-33.

48 Martin Bangemann, Mut zum Dialog, [Brüssel 1992], S. 159-160.



## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

### ***Gehler:***

Ist es der von Ihnen jetzt angesprochene Kompromiss, der letztlich über Europas Stärke entscheidet? Wie weit ist dieser auch demokratisch legitimiert und transparent nachvollziehbar?

### ***Bangemann:***

Von der Fähigkeit der Europapolitik zum Ausgleich der Interessen hängt aber ganz entscheidend die künftige Stärke Europas ab. Wenn Europa seine wirtschaftliche und politische Zersplitterung nicht überwindet, wird es kein gleichberechtigter Partner sein können. Als politisches Entscheidungszentrum wird Brüssel von vielen nicht für voll genommen. Das muß sich nicht unbedingt nur nachteilig auswirken. Auf der Ebene der Gemeinschaft lassen sich beispielsweise Partikularinteressen wesentlich schwerer durchsetzen als auf nationaler Ebene. Das liegt vor allem an den marktwirtschaftlichen Grundfreiheiten, die im EWG-Vertrag fest verankert sind, aber es fehlt zweifelsohne auch der Druck der nächsten Wahlen. Die Interessenverbände haben sich dementsprechend noch nicht formiert, so daß sie nicht den gleichen Druck auf politische Entscheidungen ausüben wie in den Mitgliedstaaten. Auch dies erleichtert das politische Gespräch in Europa.

In Brüssel ist es darum weniger schwierig, vernünftige Entscheidungen zu treffen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Europapolitik in den europäischen Hauptstädten nicht den gleichen Rang hat wie die nationale Politik. Umso größer ist oft das Erstaunen und manchmal auch das böse Erwachen, wenn Brüssel wieder einmal Privilegien beseitigt, Beihilfen gekürzt oder den Wettbewerb gestärkt hat. Diese Beschreibung der Vorteile des undurchsichtigen EG-Willensbildungsprozesses darf jedoch keinesfalls als ein Plädoyer für einsame, demokratisch nicht legitimierte Entscheidungen mißverstanden werden. Über Politik muß auch in Europa demokratisch entschieden werden. Solange die dafür notwendigen Entscheidungsstrukturen noch nicht voll hergestellt sind, ist es umso wichtiger, daß die Entscheidungen in unmittelbarem Kontakt mit den Betroffenen gefällt werden.<sup>49</sup>

49 Ebd. (1992), S. 160-161.

***Gehler:***

Eine weitere Frage an Sie als zuständiger Kommissar für Binnenmarkt: Welche Rolle spielt eigentlich Lobbyismus und welche Bedeutung messen Sie ihm bei?

***Bangemann:***

Der Wettbewerb beschleunigt nicht nur den Strukturwandel, sondern führt im Zuge des Binnenmarktes auch zu teilweise schweren Strukturbrüchen. Marktöffnung und Wettbewerb bedürfen deswegen eines breiten gesellschaftlichen Konsenses. Andernfalls droht ein Rückfall in den alten, nationalstaatlichen Protektionismus. Es genügt also nicht, wenn die Idee des Binnenmarktes nur von einigen wenigen getragen wird, durch einen übergreifenden Dialog muß eine möglichst breite Zustimmung gefunden werden. Wer so argumentiert, muß sich gelegentlich den Vorwurf der Mausehelei gefallen lassen. Doch wesentlich schlimmer als das gemeinsame Gespräch ist es, einfach über die berechtigten Interessen einzelner Gruppen hinwegzugehen. Die Vertretung eigener Interessen ist gerade in einer Marktwirtschaft völlig legitim. Aber umgekehrt muß sich auch die Politik darüber im klaren sein, wie sich ihre Entscheidungen im Alltag auswirken. Dies erfährt man am besten im engen Kontakt mit der Wirklichkeit.

Unternehmen und Verbände müssen in einer freien Gesellschaft auf ihre Probleme aufmerksam machen können, damit die richtigen Maßnahmen zur Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes getroffen werden können. Der Kontakt mit den Betroffenen dient auch dazu, Reibungsverluste und leistungshemmende Konflikte zwischen Staat, Wirtschaft, Verbraucherverbänden oder Gewerkschaften möglichst zu vermeiden. Kooperation ist somit ein Beitrag zu einer effizienteren Politik.

Ich wünsche mir – nicht zuletzt als zuständiger Kommissar für Binnenmarktangelegenheiten und gewerbliche Wirtschaft – von den Unternehmen und Verbänden, daß sie rechtzeitig auf uns zukommen, damit soviel Sachverstand wie möglich, aber auch soviel Empfindsamkeit für die jeweiligen Interessen wie nötig in die Politik der Gemeinschaft eingebracht werden kann. Dazu gehört allerdings auch ein richtiges, verantwortungsvolles Verständnis von Lobbyismus. Für jeden Wunsch der Unternehmen oder

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Verbände lohnt es sich nicht, auf die Barrikaden zu steigen. Das muß auch die Wirtschaft selbst einsehen.<sup>50</sup>

### ***Gehler:***

Ein anderes Thema, weil Sie bereits die nationale Politik am Beispiel der Finanzminister der Mitgliedsländer angesprochen haben: Wie stehen nationaler Egoismus und europäischer Zentralismus zueinander?

### ***Bangemann:***

Blinder nationaler Egoismus hat in der Gemeinschaft und erst recht in der Kommission keine echte Durchsetzungschance mehr. Als Anwalt schwer verständlicher Sonderinteressen braucht man in Brüssel gar nicht erst anzutreten. Ich kann den Verbänden nur raten, nicht jedes Anliegen gleich mit harten Ellenbogen zu vertreten, weil das im Endeffekt niemandem nützt und nur der eigenen Glaubwürdigkeit schadet. Konstruktiver Dialog heißt auch, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen. Das bedeutet für Unternehmensverbände, daß sie mithelfen müssen, gangbare Alternativen zu entwickeln und nicht nur versuchen, allein ihre Lösung mit allen Mitteln durchzupetschen. Vor allem dürfen keine falschen Illusionen genährt werden. Nichts schadet Europa mehr als der Glaube, alles könne beim alten bleiben. Nicht jeder liebgewonnene Gesetzesparagraf verdient es, mit letztem Einsatz verteidigt zu werden, denn auch die nationalen Rechtsordnungen sind nicht perfekt, selbst wenn man sich noch so sehr daran gewöhnt hat. Der gleiche Gewohnheitseffekt wird eines Tages auch beim europäischen Recht eintreten. Der Binnenmarkt bricht mit vielen alten Gewohnheiten, und das ist manchmal gar nicht schlecht.

Im selben Maße, wie der Binnenmarkt zur Marktöffnung und zu mehr Wettbewerb führt, sorgen sich die Mitgliedstaaten verständlicherweise um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer einheimischen Industrie. Damit verbindet sich der Wunsch, den eigenen Standort attraktiv zu machen. Das ist nicht nur verständlich, sondern auch völlig richtig. Es wäre nämlich ein großer Fehler, die gesamte Industriepolitik der EG aus einem Guß von Brüssel aus gestalten zu wollen. Europäische Wettbewerbsfähigkeit entwickelt sich vor allem aus

50 Ebd. (1992), S. 161.

den verschiedenen nationalen Stärken heraus. Wir brauchen infolgedessen keinen industriepolitischen Zentralismus, der alle nationalen Unterschiede einebnet und daraus ein europäisches Einheitsmenü bereitet. Ein Europa à la carte muß industriepolitisch weiterhin möglich sein. Das gewährleistet eine schnellstmögliche Korrektur der eigenen Fehler, der Erfolg des einen ist die beste Stimulanz für den anderen. Kohärenz in der Industriepolitik bedeutet nicht, daß alle Mitgliedstaaten unbedingt das gleiche tun müssen. Besser zu sein als der Partner, muß auch in Zukunft möglich bleiben. Nur müssen wir darauf achten, daß dieser „Wettbewerb der Systeme“ in einem fairen Rahmen abläuft.<sup>51</sup>

***Gehler:***

Gilt so gesehen der Grundsatz „Die Stärke des Rechts, nicht das Recht des Stärkeren“ in der EG – ist das eine rhetorische Frage?

***Bangemann:***

Der Respekt vor dem Gemeinschaftsrecht ist für einen friedlichen Ausgleich der nationalen Interessen von ganz entscheidender Bedeutung und sichert die Unabhängigkeit vor allem der kleineren Mitgliedstaaten der EG, die sich vor dem Europäischen Gerichtshof gegen protektionistische Maßnahmen wesentlich erfolgreicher zur Wehr setzen können als im bilateralen Kontakt. Für die Einhaltung des EG-Rechtes spielt die Größe eines Landes keine Rolle. Doch nicht alles läßt sich mit dem Schwert des Gesetzes erzwingen. Vorbeugung und eine enge Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission sind genauso wichtig, damit Konflikte möglichst gar nicht erst entstehen. Statt eines förmlichen Vertragsverletzungsverfahrens genügt in den meisten Fällen bereits ein intensives Gespräch, um den Grund der Klage auszuräumen. Einmal ertappt, sind die Mitgliedstaaten meist schon freiwillig bereit, diskriminierende Praktiken abzustellen und ihre Märkte zu öffnen. Vertragsverletzungs- und Beihilfekontrollverfahren müssen die ultimo ratio bleiben wie auch Klagen vor dem Gerichtshof die aufsehenerregende Ausnahme sind, denn Gerichtsurteile, die sich nicht mit Zwangsmitteln vollstrecken lassen, leben ganz entscheidend von ihrer moralischen Autorität.

51 Ebd. (1992), S. 162-163.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Deshalb ist es wichtig, ein Klima gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, damit auch diejenigen einer Marktöffnung zustimmen, die durch stärkeren Wettbewerb Einbußen befürchten oder nur dem Stempel der eigenen Kontrollbeamten vertrauen. Für einen solchen vertrauensbildenden Dialog müssen wir die geeigneten Formen und Institutionen finden.

Ein gutes Beispiel für den institutionalisierten Meinungs austausch in der Gemeinschaft sind die Notifizierungspflichten der Mitgliedstaaten für neu erlassene technische Regeln. Auf diese Weise erfahren auch die anderen Mitgliedstaaten, welche technischen Vorschriften zur Einführung beabsichtigt sind. Das setzt einen wechselseitigen Informationsaustausch in Gang. Einerseits wird dem notifizierenden Land schon vor Inkraftsetzung der neuen Regeln mitgeteilt, ob diese mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind oder ein Handelshemmnis darstellen. Das vermeidet späteren Ärger. Daneben kommen auf diese Weise nicht selten aber auch überraschende technische Lösungen zum Vorschein, die in anderen Mitgliedstaaten bereits erfolgreich praktiziert werden. So erfährt jeder mehr über den anderen und kann entsprechend daraus lernen.<sup>52</sup>

### ***Gehler:***

Nach der Öffnung der Mitte und des Ostens Europas seit 1989 stellt sich für diese Länder eine entscheidende Frage: wie kann die EG offen für neue Mitglieder sein und bleiben?

### ***Bangemann:***

Die EG ist kein geschlossener Klub, sondern muß sich auch um gutnachbarschaftliche Beziehungen bemühen. Jede europäische Demokratie kann im Prinzip Mitglied der europäischen Gemeinschaft werden. Vor 1993 wird es allerdings keine Verhandlungen über eine Erweiterung der EG geben. Mit neuen Mitgliedern ist also frühestens 1995/1996 zu rechnen. Für die Zwischenzeit sind den Beitrittskandidaten möglichst schon Bedingungen anzubieten, die eine sofortige Teilhabe am Binnenmarkt ermöglichen. Aber auch wer nicht oder noch nicht Mitglied der Gemeinschaft werden möchte, darf durch den Binnenmarkt nicht benachteiligt werden. Die EG hat deshalb

52 Ebd. (1992), S. 163-164.

den EFTA-Ländern ein Abkommen über die Herstellung eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) angeboten, der binnenmarktähnliche Verhältnisse zwischen beiden Regionen schaffen soll. Die Verhandlungen über den EWR sind für beide Seiten nicht immer erfreulich verlaufen. Die EG hat sich insbesondere über die starre Haltung der Alpenländer in der Transitfrage geärgert. Die EFTA-Länder sind umgekehrt enttäuscht, daß sie die Binnenmarktregeln übernehmen sollen, ohne dafür ein eigenes Mitbestimmungsrecht zu erhalten. Die EG kann jedoch Dritten keine Rechte gewähren, die bislang nicht einmal das Europäische Parlament besitzt.

Ein Mitspracherecht der EFTA-Länder an den Entscheidungen der Gemeinschaft ist genauso ausgeschlossen wie ein Mitspracherecht der EG bei internen Entscheidungen der EFTA-Länder. Nur wer Mitglied der EG ist, kann auch mitbestimmen. Dies ist nun jedermann klar. Die schließlich erfolgreich abgeschlossenen EWR-Verhandlungen haben insoweit zumindest die Fronten geklärt und einige Illusionen vertrieben. Die EFTA-Länder können sich nun frei entscheiden. Schon das hat die Verhandlungen über den EWR gelohnt. Aber auch die Gemeinschaft selbst hat hoffentlich einiges hinzugelernt. Nachdem wir den EFTA-Ländern die Alternativen so deutlich vor Augen geführt haben, müssen wir uns nun auf eine Erweiterung einstellen. Die EG wird schon bald eine Gemeinschaft von 18 oder gar 24 Mitgliedern sein. An dieser Erkenntnis führt kein Weg mehr vorbei, nachdem sich klar gezeigt hat, daß es eine Mitgliedschaft, ohne Mitglied zu werden, nicht gibt und eine Teilmitgliedschaft keinen Ausweg aus diesem Dilemma bietet.

Die Gemeinschaft muß sich also auf eine Verdoppelung der Mitgliederzahl einstellen. Das setzt zunächst einmal intern verbesserte Entscheidungsstrukturen voraus. Außerdem müssen wir unsere Vorstellungen über die weiteren Integrationsziele präzisieren. Für die Beitrittskandidaten ist nicht so sehr der jetzige Integrationsstand maßgeblich. Die EG entwickelt sich weiter, und für die beitragswilligen Länder ist wichtig zu wissen, wohin. Die Mitglieder von morgen werden in der nächsten Beitrittsrunde schon selbst mitbestimmen. Deshalb muß auch die Gemeinschaft vorher genau wissen, wen sie in ihrer Runde aufnimmt. Kein neues Mitglied darf den weiteren Integrationsprozeß in Europa behindern. Dies schließt die Bereitschaft zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unbedingt mit ein;

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

„klassische“ Neutralität macht in einer politischen Union, die sich zu einem europäischen Bundesstaat weiterentwickeln will, keinen rechten Sinn mehr. Man kann daher nur davor warnen, vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen der EG beitreten zu wollen. Die Industrie ist in nahezu allen europäischen Staaten für einen Beitritt zur EG. Das wird aber kaum ausreichen, um auch die Bürger in Österreich und Schweden und erst recht in Norwegen und in der Schweiz davon zu überzeugen, daß eine EG-Zugehörigkeit mehr Vorteile als Nachteile mit sich bringt. Über beide Seiten eines EG-Beitritts muß offen und wenn nötig auch kontrovers gestritten werden. Sonst ist späterer Ärger förmlich vorprogrammiert.<sup>53</sup>

### ***Gehler:***

Noch einmal nachgefragt, weil Sie Kommissar für den Binnenmarkt sind: Welche Bedeutung hat der Binnenmarkt für die Kandidaten- und Reformländer?

### ***Bangemann:***

Durch die Überwindung der Teilung Europas und den Zusammenbruch des sozialistischen Blocks steht auch die EG plötzlich vor neuen Herausforderungen. Der Grundsatz des EWG-Vertrages, wonach jede europäische Demokratie, wenn sie will, Mitglied der EG werden kann, steht nun erstmals echt auf dem Prüfstand. Dieser Grundsatz wurde in einer Zeit aufgestellt, als Europa noch in westliche Demokratien und östliche Diktaturen geteilt war. Einige im Westen wollten damals noch nicht Mitglied der EG werden, die anderen im Osten konnten es nicht. Durch den Fall des Eisernen Vorhangs hat sich die politische Situation in Europa grundlegend verändert. Geblieben ist das Erbe sozialistischer Mißwirtschaft in Osteuropa mit einem riesigen Wohlstandsgefälle gegenüber dem Westen. Gerade um Osteuropa dabei zu helfen, dieses Gefälle zu überwinden, muß die EG schon heute den Ländern Mittel- und Osteuropas eine konkrete Zukunftsperspektive bieten. Das schließt das Angebot einer Vollmitgliedschaft ein. Von den Reformländern haben Ungarn, die CSFR und Polen ihren Beitrittswunsch bereits klar geäußert, die baltischen Staaten sind ebenfalls potentielle

53 Ebd. (1992), S. 164-165.

Beitrittskandidaten. Die Osterweiterung der Gemeinschaft wird den Charakter der EG nachhaltig verändern, sowohl geographisch als auch politisch und institutionell. Geographisch rückt das Zentrum der Gemeinschaft weiter nach Mitteleuropa; Berlin wird dadurch zu einer der bedeutendsten Wachstumsmetropolen Europas. Politisch werden Länder der EG beitreten, die allen zentralistischen Tendenzen aufgrund ihrer eigenen Vergangenheit aufs Schärfste ablehnend gegenüber stehen dürften. Davon kann auch die EG profitieren, die immer ein wenig Gefahr läuft, zu viel und zu zentralistisch zu reglementieren. Und institutionell erfordert eine Gemeinschaft von 18 oder 24 Mitgliedern ganz andere Entscheidungsstrukturen, um weiterhin entscheidungsfähig zu bleiben. Das heißt konkret: Mehr Mehrheitsentscheidungen, mehr demokratische Rechte des Europäischen Parlaments und mehr Dezentralität. Nicht nur die Länder Mittel- und Osteuropas müssen sich also noch auf eine Mitgliedschaft in der EG vorbereiten; auch die EG selbst muß sich darauf erst noch einstellen. Wichtig dabei ist, daß die Anstrengungen parallel verlaufen, damit die Erweiterung der Gemeinschaft so schnell wie möglich erfolgen kann.

Über die Zukunft darf die Gegenwart nicht vergessen werden. Die wirtschaftliche Stabilisierung erfordert bereits kurzfristig die Öffnung des europäischen Binnenmarktes für diese Länder. Denn ohne den Zugang zu den Absatzmärkten Westeuropas werden die dringend benötigten Direktinvestitionen in Osteuropa weitgehend ausbleiben. Wir können den Reformländern nichts wertvolleres bieten als die Öffnung des größten und kaufkräftigsten Marktes der Welt. Mit der Ausweitung des Zoll-Präferenzsystems, der Beseitigung oder zumindest Aussetzung der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen sowie der Erhöhung der Einfuhrkontingente für Textilien aus Polen, Ungarn, ČSFR, Jugoslawien und der Sowjetunion wurden erste Schritte in diese Richtung unternommen. Doch wirklich wirksame Hilfe gibt es nur, wenn wir die Märkte vollständig und endgültig für die in Osteuropa hergestellten Produkte öffnen, und zwar auch dort, wo dies unserer Industrie weh tut.

Gegen eine solche Marktöffnung nach Osten formiert sich hier und da bereits verständlicher Widerstand. Kartoffelbauern, Textilhersteller oder Geflügelzüchter wittern Unheil und würden die osteuropäischen Produzenten



## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

am liebsten in unbedeutende Marktnischen abdrängen. Doch selbst wenn noch nicht überall im Osten marktwirtschaftliche Strukturen hergestellt sind, müssen wir unsere Märkte genauso öffnen, wie dies die Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg für deutsche oder japanische Produkte getan haben. Das Argument, daß wir uns damit unsere eigene Konkurrenz heranzüchten, zählt nicht. Jedes Land ist auf Dauer nur so stark, wie seine Nachbarn es sind. Probleme des einen werden schnell auch zu Problemen des anderen. In Europa leben die Völker viel zu dichtgedrängt zusammen, als daß irgendein Land sich als eine Insel der Glückseligen betrachten könnte. Das wird nicht funktionieren, und deshalb dürfen wir den Ländern Mittel- und Osteuropas unsere Solidarität nicht verweigern.<sup>54</sup>

### ***Gehler:***

Jenseits des Binnenmarkts, der derzeit für Nord-, West- und Südeuropa angepeilt wird, eine Frage an Sie als Kommissar mit weitreichender Kompetenz: Hat die EG eine gesamteuropäische Verantwortung und trägt sie diese auch?

### ***Bangemann:***

Die EG kann sich ihrer gesamteuropäischen Verantwortung nicht entziehen. Durch schöne Festtagsreden, die gut klingen und nichts kosten, ist Europa nicht geholfen. Wenn wir nicht nur „Steine statt Brot“ geben wollen, müssen wir auch zu Schritten bereit sein, die uns Opfer kosten. Im Gegenzug zur Marktöffnung müssen die Reformländer die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Integration schaffen, d.h. den Strukturwandel in Richtung Marktwirtschaft, den sie eh beabsichtigen, im eigenen Interesse beschleunigen. Daß dies nicht ohne Schmerzen geht, läßt sich am Beispiel der ehemaligen DDR deutlich nachvollziehen. Aber ohne die Bereitschaft zu radikalen wirtschaftlichen Reformen im Osten wäre die Marktöffnung der EG eine einseitige Leistung, die Gefahr liefe, unwirksam zu bleiben und somit nicht honoriert zu werden. Die Reformländer können mit der vollen Unterstützung der Gemeinschaft rechnen, sowohl bei der industriellen Sanierung als auch beim Aufbau ihrer Verwaltungen. Es liegt auch im

54 Ebd. (1992), S. 165-167.

westlichen Interesse, wenn Ost und West so eng wie möglich zusammenrücken. Für die Industrie der EG ergeben sich aus einer engeren Kooperation mit Firmen aus den Reformländern neue Perspektiven. So wie Japan ausgereifte Technologie in die nachdrängenden südostasiatischen Länder ausgelagert hat, um die eigenen Kapazitäten optimal nutzen zu können und den Arbeitsmarkt nicht zu überhitzen, erhält nun auch die westeuropäische Industrie ein kostengünstiges und wirtschaftlich entwicklungsfähiges Hinterland. Wenn überall in Europa nach einheitlichen technischen Normen produziert wird und arbeitsintensive Fertigung dorthin verlagert werden kann, wo die Arbeitskostenbelastung noch relativ günstig ist, stärkt dies die europäische Industrie auch im weltweiten Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten und Japan.

Der große Vorteil Europas liegt darin, daß wir Europäer viele Nachbarn besitzen. Daß aus dieser geographischen Nähe zugleich gute nachbarschaftliche Beziehungen werden, ist das Hauptanliegen europäischer Politik, zu der auch die industrielle Kooperation einen wichtigen Beitrag leisten kann.<sup>55</sup>

***Gehler:***

Im Jahre 1993 wurden Sie EU-Kommissar für Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation. Die nationalen Telekommunikationsnetze sollen zu einem transeuropäischen Netz verbunden werden. Warum und wie soll das realisiert werden und welche Forderung leitet sich Ihrerseits daraus ab?

***Bangemann:***

Technisch sind die Telekommunikationsnetze in der Lage, Daten, Bild und Ton zwischen zwei Orten zu übermitteln und zu verarbeiten. Es ist heute technisch ohne weiteres machbar, den Gesamtinhalt der Encyclopedia Britannica innert weniger Sekunden von einem Computer auf den anderen zu übertragen.

Zur Zeit stösst ein Unternehmen, das Telekommunikationsverbindungen mit

55 Ebd. (1992), S. 167-168.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

seinen Zweigstellen, Kunden oder Lieferanten in Europa einrichten will, allerdings noch auf zahlreiche technische, administrative und sogar politische Probleme. Es muss sich nicht nur mit den verschiedenen Betreibern der nationalen Telekommunikationsnetze auseinandersetzen, sondern auch mit ihren äusserst unterschiedlichen Gerätestandards und Gebührensystemen.

Die aus dieser Vielfalt abzuleitende Forderung ist klar: Die nationalen Netze müssen zu einem gemeinsamen transeuropäischen Netz verbunden werden, damit sie als das Nervensystem der europäischen Wirtschaft und der Informationsgesellschaft nutzbar gemacht werden können. Es ist daher eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union, den Aufbau eines solchen europaweiten Nervensystems herbeizuführen.

Mit seiner Hilfe können Texte, Daten aller Art, aber auch Filme, graphische Darstellungen, Musik, Kataloge und Bilder übertragen, in Datenbanken gelagert, verarbeitet und für verschiedene Anwendungen genutzt werden. Im Vordergrund wird dabei nicht so sehr die Unterhaltungsindustrie stehen, sondern die industrielle Fertigung, Finanzdienstleistungen, aber auch das Bildungswesen und die medizinische Versorgung.<sup>56</sup>

### ***Gehler:***

Inwiefern und warum fokussieren Sie so stark auf die Telekommunikationsindustrie? Gehört diese zu den volkswirtschaftlichen Schlüsselbranchen?

### ***Bangemann:***

Technischer Fortschritt und eine Vielzahl neuer Dienste werden der Telekommunikation auch in Zukunft hohe Wachstumsraten bescheren. Damit gehört die Telekommunikationsindustrie volkswirtschaftlich zu den künftigen Schlüsselbranchen. Die Entwicklung könnte jedoch noch dynamischer sein, wenn auf dem Markt wirksamer Wettbewerb herrschte. Erst hierdurch wird eine Voraussetzung für den Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft geschaffen. Bisläng gab es allerdings in den meisten Ländern staatliche Monopole, welche die Netzstrukturen im Telefondienst

56 Martin Bangemann, Europa und die globale Informationsgesellschaft (Wirtschaftsfragen Heft 24), Vaduz 1995, S. 6-7.

beherrschten und damit den Aufbau der Informationsgesellschaft behinderten.

Staatlich geschützte Monopole sind jedoch nichts anderes als Investitionsverbote für potentielle Anbieter. Ziel der EU ist daher die Schaffung eines wirksamen Wettbewerbs. Durch die Öffnung der Telekommunikationsmärkte, einschließlich der Netzinfrastrukturen, wird der Infrastrukturerweiterung Privatkapital in großem Umfang zugeführt. Diese wirtschaftliche Perspektive wird mittlerweile von den meisten Politikern grundsätzlich begrüßt.<sup>57</sup>

***Gehler:***

Was bedeutet die Öffnung der Telekommunikationsmärkte für Europa und die EU?

***Bangemann:***

Angesichts der heute noch nicht im ganzen Ausmaß erkennbaren technischen Möglichkeiten und angesichts der Ungewissheiten hinsichtlich der künftigen Entwicklung des Sektors ist klar, dass staatliche Planung und Monopolangebote als Träger der Systeme nicht in Frage kommen. Nur vollständig offene Märkte, auf denen sich unterschiedliche Technologien und Dienste im Wettbewerb bewähren können, gestatten die volle Entfaltung der Chancen, die sich aus den Möglichkeiten der Informationsgesellschaft ergeben. Damit wird der europäische Industriestandort gestärkt, und es werden positive Beschäftigungsimpulse ausgelöst. Mit anderen Worten: Wettbewerb fördert einerseits die Angebotsvielfalt und initiiert Innovationen. In aller Regel führt Wettbewerb zu günstigeren Preisen für die Konsumenten. Andererseits können Markt und Wettbewerb allein jedoch nicht immer sicherstellen, daß gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich erwünschte Ziele verwirklicht werden. Dies gilt zum Beispiel im Hinblick auf verfassungsmäßig festgeschriebene Aufträge zur Sicherung eines flächendeckenden, angemessenen und ausreichenden Dienstleistungsangebots im Bereich des Postwesens und der Telekommunikation.<sup>58</sup>

57 Ebd. (1995), S. 7-8.

58 Ebd. (1995), S. 8.

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

### **Gehler:**

Welche Voraussetzungen sind für die politische Durchsetzung einer Informationsgesellschaft in Europa notwendig?

### **Bangemann:**

Es ist zur Zeit nicht möglich, alle Konsequenzen der Informationsgesellschaft von vornherein zu bestimmen. Konservativen Geistern fehlt im Blick auf die Zukunft das Vertrauen auf die spontanen Kräfte der Anpassung. Liberale können diese Kräfte ohne Besorgnis aufnehmen, wenn die Rahmenbedingungen für die Entwicklung richtig gesetzt sind. Mit ihrer Vielzahl von Maßnahmen geht die Kommission davon aus, die entsprechenden Rahmenbedingungen richtig gesetzt zu haben.

Wenn sie das bestehende Liberalisierungstempo aber beibehalten will, muss sie auch die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz schaffen. Hierzu dienen einerseits die genannten Projekte, andererseits die damit verbundene Informationsstrategie über die Informationsgesellschaft. In diesem Sinne wird die Kommission weiterhin Foren zum Gedankenaustausch und zur Identifizierung von „best practices“ zur Verfügung stellen.

Ein Beispiel dafür ist das „Forum für die Informationsgesellschaft“, bei dem alle gesellschaftlich relevanten Akteure in einen öffentlichen Konsultationsprozeß einbezogen werden. Im Juli 1995 erfolgte mit der Eröffnungssitzung hierzu der Startschuß. Das Forum wird ergänzt durch eine hochrangige Expertengruppe, die sich mit den gesellschaftlichen Fragen der Informationsgesellschaft beschäftigt.

Als zentrale Koordinierungs- und Informationsstelle dient das Büro für die Informationsgesellschaft (BIG), das ein Globalverzeichnis von nationalen und internationalen Projekten sowie jener Studien erstellt, die für die Entwicklung der globalen Informationsgesellschaft relevant sind. Außerdem vermittelt es allen interessierten Kreisen die notwendige Information.<sup>59</sup>

### **Gehler:**

Eine Frage an Sie als zuständiger Kommissar: Welche Rolle spielt die EU-

59 Ebd. (1995), S. 20-21.

Kommission bei der Liberalisierung von Telekommunikationsdienstleistungen?

***Bangemann:***

Die Europäische Kommission wird den Liberalisierungsprozess weiter begleiten. Zu ihrem Reformpaket gehören alle Regulierungsbereiche der Informationsgesellschaft. Noch vor 1996 will sie die mobile Kommunikation, das Kabelfernsehen und alternative Infrastrukturen liberalisiert haben. Bei den anderen Telekommunikationsdienstleistungen und bei der Infrastruktur gilt weiterhin das Zieldatum 1. Januar 1998. Sie wird hierzu auch Vorschläge zu Zusammenschaltungen und Lizenzierungen sowie eine Mitteilung über den Universaldienst vorlegen.

Informationssicherheit und Datenschutz gehören ebenfalls zu den Aufgaben, die noch im zweiten Halbjahr 1995 weiter ausgestaltet werden müssen. Die Kommission wird ferner eine Entscheidung über individuelle Satellitenkommunikation treffen und eine gegenseitige Anerkennung für Endgeräte vorschlagen. Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang auch die Öffnung des Netzzugangs (ONP<sup>60</sup>).

Die Informationsgesellschaft wird überdies, wie bereits angedeutet, auch Auswirkungen auf andere Politikbereiche der Europäischen Union haben. Klare Hinweise hierauf gibt bereits die von mir und meiner Kollegin Édith Cresson eingerichtete gemeinsame Arbeitsgruppe zur Lernsoftware. In einem Weißbuch wollen wir darüber hinaus die Zusammenhänge zwischen Bildung, Ausbildung und Forschung deutlich machen. Wir werden bei der Regionalpolitik gemeinsame Pilotprojekte für Städte und Regionen im Rahmen der europäischen Strukturfonds vorschlagen.

Die europäische Wettbewerbspolitik wird insbesondere ihre Ansätze hinsichtlich Unternehmenszusammenschlüssen und -kooperation im Bereich Telekommunikation weiterentwickeln.

Die Verkehrspolitik wird durch Telematikanwendungen entscheidend

60 Open Network Provision

## Europäische Integration aus historischer Erfahrung

verändert werden. Unser Seeverkehrsinformationssystem MARIS<sup>61</sup> stärkt hierbei die Konkurrenzfähigkeit der maritimen Industrien Europas.

Diese wenigen abschließenden Beispiele bestätigen, dass die Informationsgesellschaft ohne Übertreibung Teil einer neuen industriellen Revolution ist. Es gilt, ihre Chancen umfassend zu nutzen.<sup>62</sup>

### ***Gehler:***

Das Stichwort Édith Cresson führt uns zum Ende Ihrer Karriere als Kommissar und gleichzeitig auch zum Schluss unseres Gesprächs. Ihre Funktion als Kommissar behielten Sie nur noch bis zum geschlossenen Rücktritt der EU-Kommission unter Jacques Santer am 15. März 1999 infolge der Korruptionsvorwürfe gegen die genannte französische Kommissarin.<sup>63</sup> Mit Ihrer Tätigkeit als Kommissar können Sie als Leistung bis dato vorweisen, die Liberalisierung der Telefonmärkte in Europa vorangebracht und damit zum Aufbrechen staatlicher Monopole auf diesem Sektor beigetragen zu haben.

Der Rat der EU hat mit seinem Beschluss vom 9. Juli 1999 gegen Sie ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof in Gang gesetzt, um ein mögliches dienstliches Fehlverhalten im Zusammenhang mit Ihrem Wechsel zu dem spanischen Telefónica-Konzern zu prüfen. Es stand die Befürchtung im Raum, dass Ihr Verhalten dem Image der Kommission als unabhängiges und unparteiisches EU-Organ abträglich sein könnte. Es ging sogar soweit, dass man auf Aberkennung Ihrer Ruhegehaltsansprüche plädierte. Nachdem Ihre Zusicherung erfolgt war, sich in der Zeit von Juli 1999 bis Juni 2001 beurlauben zu lassen, bevor Sie eine dritte Partei bei den EU-Organen vertreten und nachdem Sie sich bereit erklärt hatten, die von Ihnen beim EuGH eingebrachte Klage gegen den Rat zurückzunehmen, wurde das Verfahren gegen Sie eingestellt. Ihren Wechsel als Kommissionsmitglied in

61 Maritime Information Society: Maritime Informationsgesellschaft

62 Bangemann, Europa und die globale Informationsgesellschaft (1995), S. 21-23.

63 Siehe zu den Hintergründen und zur Einschätzung Bangemanns: Michael Gehler, Jacques Santer (1995-1999): President of the Commission in times of transition, in: Jan van der Harst/Gerrit Voerman (Eds.), An Impossible Job? The presidents of the European Commission 1958-2014, London 2015, S. 197-222, hier S. 208-209, 215-221.

## Martin Bangemann

ein Unternehmen, dessen Geschäftsfeld zuvor in Ihr Aufgabengebiet als Kommissars gefallen war, nahm die EU-Kommission schließlich zum Anlass, nebst Einsetzung einer Ethikkommission einen Verhaltenskodex aufzustellen. Dies sei noch festgehalten zur Vervollständigung und zum Abschluss unseres Gesprächs, für das ich Ihnen danke.



Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

#### **Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:**

- C 272 (2022) Merit Thummes  
Europäische Parteien als Antrieb für die europäische Integration?
- C 273 (2022) Henrik Suder  
Die Wirkung der Staatsschuldenkrise auf das Legitimitätsniveau der Europäischen Union
- C 274 (2022) Ludger Kühnhardt  
Europas Sicherheit, die Zukunft der Ukraine und die „russische Frage“
- C 275 (2023) Kateryna Khalabuzar  
The Evolution of the EU's Perception Towards Ukraine
- C 276 (2023) Simon Jerome Dietewich  
Kritische Rohstoffe in der EU – Herausforderungen und Handlungsfelder
- C 277 (2023) Ludger Kühnhardt  
Die Päpste, Europas Einigung und ein zerrissener Kontinent  
Eine Zwischenbilanz im Lichte der gegenwärtigen Krisen in Kirche und Welt
- C 278 (2023) Ralf Dahrendorf  
Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 279 (2023) Koen Verhelst  
A geopolitical gem How Greenland can be a test case for a more ambitious EU
- C 280 (2023) Matti Wiberg  
Keep calm and join NATO  
Finland's and Sweden's road to the military-political alliance
- C 281 (2024) Ludger Kühnhardt  
Hans-Peter Schwarz  
(1934-2017) Politik und Zeitkritik
- C 282 (2024) Dušan Brujić  
Africa – EU Relations:  
The evolution of an agenda of partnership
- C 283 (2024) Wilhelm Haferkamp  
Europäische Integration aus historischer Erfahrung  
Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 284 (2024) Ludger Kühnhardt  
Die Ambivalenz des Fortschritts  
Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken
- C 285 (2024) Martin Bangemann  
Europäische Integration aus historischer Erfahrung  
Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>. For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.



Rheinische  
Friedrich-Wilhelms-  
Universität Bonn

Center for European  
Integration Studies

Genscherallee 3  
D-53113 Bonn  
Germany

Tel.: +49-228-73-1810  
Fax: +49-228-73-1818  
<http://www.zei.de>

**ISSN 1435-3288**

**ISBN 978-3-9825496-4-4**